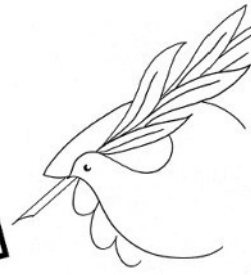


FRIEDENS JOURNAL



Widerstand gegen die totale Kriegsvorbereitung!



- Kriegsvorbereitung als „neuer Way of Life“
- Traut Euch und durchbrecht die Schweigespirale!
- Alle lieben den Heimatschutz
- Gegenkonversion: Ausbau der Zivil-militärischen Infrastruktur
- Israel verwüstet seine Nachbarn an 7 Fronten
- Offene und verdeckte Repression gegen die Friedensbewegung



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Mai - Juni 2025/Nr. **3**

Editorial

Inhalt

Kriegsvorbereitung als „neuer Way of Life“	3
Propaganda: Traut Euch und durchbrecht die Schweigespirale!	6
Alle lieben den Heimatschutz	8
Konversion rückwärts	10
Straßenbahnen statt Panzer	11
Israel verwüstet seine Nachbarn an sieben Fronten	12
Passionswoche in Gaza	15
Buchbesprechung: Völkermord	16
Deklaration zu Wissenschaftsfreiheit	17
Offene und verdeckte Repression gegen die Friedensbewegung	18
Ostermarschrede in Stuttgart	20

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.4.2025

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken, Werner Ruf, Ewald Ziegler, Karl-Heinz Peil (V.i.S.d.P.)

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 -77, 60329 Frankfurt am Main, e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
mit digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233d

Liebe Leserinnen und Leser,

die offenen Kriegsvorbereitungen gegen Russland haben das Ausmaß einer offenen Zeitenwende angenommen. Dieses vollzieht sich vor dem Hintergrund einer globalen Zeitenwende hin zu Multilateralität, sowie den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Niedergang des „Werte“-Westens. Dieses haben wir im Friedensjournal in früheren Ausgaben bereits wiederholt thematisiert. In dieser Ausgabe geht es aber um Entwicklungen, die uns alle unmittelbar betreffen. Im ersten Beitrag von Helmut Scheben wird dargestellt, wie Krieg und Kriegsvorbereitung nicht nur in Deutschland zur Zwangsvorstellung werden.

Als Ergänzung dazu behandelt Alexander Neu die Frage, wie sich die Mehrheit unserer Bevölkerung denn tatsächlich zu der allumfassenden Kriegspropaganda verhält. Er geht auf das Resultat der Meinungsmache ein, das in einer eingeschüchterten, schweigenden Mehrheit besteht. Das dahinter stehende Konzept der „Schweigespirale“ ist nicht neu. Damit lässt sich aber auch aufzeigen, wie dessen Durchbrechen auch als Ausweg zu sehen ist. Beispielsweise erfolgte dieses jüngst durch wissenschaftliche Experten, deren Stimmen für uns eine hohe Relevanz haben müssen.

Die konkrete Wahrnehmung der Kriegsvorbereitung wird in dem Beitrag von Monika Bootz am Beispiel des Heimatschutzes und der daraus sich ergebenden flächendeckenden Bundeswehr-Präsenz beschrieben.

Ebenso und noch verstärkt materiell betroffen sind industrielle Produktionsstandorte, an denen eine „Konversion rückwärts“ erfolgt. Dabei geht es nicht nur um Panzer statt Pkw, sondern auch um die Verhinderung einer sozialökologischen Transformation, wie aus dem Bericht von German Foreign Policy ersichtlich.

Mehrere Beiträge dieser Ausgabe befassen sich mit den Entwicklungen durch Israels völkermörderischen Krieg in Gaza und an den anderen Fronten in Westasien. Der Beitrag von Karin Leukefeld gibt dazu einen aktuellen Überblick.

Die Kritik an der Kriegsführung Israels – mit Rückdeckung aus den USA, Deutschland und der EU – ist mittlerweile breit gestreut. Beispielhaft haben wir die Kurzfassung eines Textes von Josep Borrell, dem ehemaligen Vizepräsidenten der EU-Kommission mit aufgenommen.

Das jüngst erschienene Buch von Helga Baumgarten und Norman Paech mit dem Titel „Völkermord in Gaza“ wird uns von Werner Ruf vorgestellt. Das Buch zeigt auf, dass die offensichtlichen Verbrechen der Besatzer in Gaza keine politischen Ausreden erlauben.

Die dadurch notwendige Palästina-Solidarität hat auch international zu Repression an Hochschulen und zu heftiger Gegenwehr von Wissenschaftlern geführt. Dieses hat auch zu der entsprechenden Deklaration der internationalen Konferenz für Wissenschaftsfreiheit in Hamburg geführt, die wir als deutsche Übersetzung in dieser Ausgabe abgedruckt haben.

Während Pro-Palästina-Aktionen in Deutschland von offener Repression betroffen ist, erfolgt dieses gegen die Friedensbewegung eher in verdeckter Form durch Diffamierungen und Spaltungsversuche. Der entsprechende Beitrag dazu versteht sich als Anstoß für andauernde Debatten und als Appell, sich nicht auf kleinteiligen Hickhack gegen Personen mit Kontaktschuldvorwürfen und Ähnlichem einzulassen. Die Friedensbewegung ist nicht rechtsoffen, sondern weltoffen.

Trotz der dargestellten bedrückenden Entwicklungen der letzten Zeit haben wir Anlass zu vorsichtigem Optimismus zur Entwicklung des notwendigen Widerstandes gegen die deutsche Innen- und Außenpolitik. Dieses ergibt sich aus der neuen Qualität direkter Betroffenheit, sowohl bei der direkt wahrnehmbaren inneren Militarisierung wie auch bei der humanitären Katastrophe in Gaza.

Karl-Heinz Peil



Hinweis zur zweiten Grafik auf der Titelseite (1953): Plakat des „Bundes aktiver Demokraten“ aus dem Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Hinweis zur Grafik rechts auf der Titelseite (2025): Diese ist nach dem Vorbild der Karikatur aus einer britischen Zeitschrift (1939-1940) mit dem Leichnam eines polnischen Soldaten.

Hitler: „Der Abschaum der Menschheit wenn ich nicht irre?“ Stalin: „Der blutige Mörder der Arbeiterklasse, wie ich annehme?“ (auch: Zeitschrift Hintergrund, Nr.5-6, 2025)

Kriegsvorbereitung als „neuer Way of Life“

von Helmut Scheben

Der Beitrag erschien am 30.3.2025 auf globalbridge.ch und ist hier leicht gekürzt.

Die EU rät ihren Bürgerinnen und Bürgern, Notvorräte anzulegen. Ein Krieg mit Russland sei nicht auszuschliessen. Man rechnet mit der Möglichkeit spätestens um 2030.

Grundlage der Ratschläge ist eine Studie der Europäischen Union, der Bericht des ehemaligen finnischen Präsidenten Sauli Niinistö. Er hatte im vergangenen Jahr betont, die russische Kriegsdrohung zwingt die EU zur Vorbereitung.

«Preparedness» ist das oft wiederholte Schlüsselwort in diesem Bericht. „Wir müssen auf alles vorbereitet sein“, sagte die zuständige EU-Kommissarin Hadja Lahbib dem Handelsblatt. Dies sei unser neuer «Way of Life». Das heißt, die Vorbereitung auf den Kriegsfall wird Lebensstil, so normal wie tägliches Zähneputzen oder Staubsaugen. Das kommt den älteren unter uns bekannt vor.

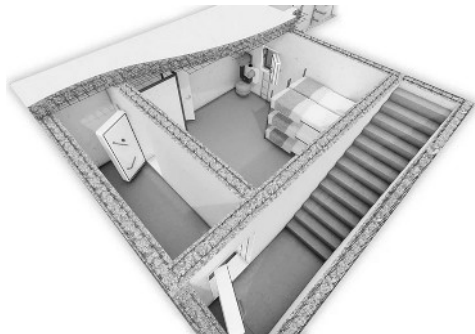


Bild: www.schutzraum-zentrum.de

«Ich habe diesen Bunker für sechs Personen geplant», sagte der Kabarettist Gerhard Polt Ende der siebziger Jahre, «vier Erwachsene, zwei Kinder. Leute, die eventuell zu Besuch sind, müssen leider draussen bleiben.» In der legendären Persiflage über die Vorbereitungen für den sogenannten Ernstfall richtet der bayrische Herr Biedermann mit der Detailversessenheit eines Steuerbeamten seinen Bunker ein: «Eine gewisse Sicherheit und doch auch ein Komfort.» Also auch Brettspiele, Mikado und Schach, aber auch Kassetten für Weihnachten, Mozart und so. Und: «Die Toiletten haben wir jetzt in Safirblau kacheln lassen, schön gemacht.»

Ein Kostenfaktor sei leider der hundertprozentig seuchensichere Luftfilter,

aber der sei auch wichtig «damit der Verwesungsgeruch nicht reinkommt».

Die offizielle Bekanntgabe der Europäischen Kommission, dass man sich umgehend auf einen großen Krieg mit Russland vorbereiten müsse – offizielle Vermutung: spätestens 2030 – wird von einer breiten Öffentlichkeit aufgenommen wie die Staumeldungen oder der Wetterbericht. Man könnte es die Banalisierung des Ungeheuerlichen nennen. Der Gang in die Katastrophe als Sonntagsspaziergang oder gemütliche Omnibusfahrt Richtung Haltestelle «Endsieg».

Bürgerinnen und Bürger sollen etwa dazu ermutigt werden, Notfallvorräte für mindestens 72 Stunden anzulegen. Auch an den Schulen soll es Krisentraining für den «Ernstfall» geben. Wahrscheinlich in der Art, wie man uns als Schulbuben beibrachte, eine Schultasche über den Kopf zu halten und unterm Pult Schutz zu suchen, um die radioaktive Strahlung abzumildern, wenn der Atomblitz käme. «Leuchtet uns dann der Götterfunke, Funke aus Plutonium», sang Franz Josef Degenhardt in den siebziger Jahren. Heute fordern hochrangige Politiker, die Europäische Union müsse nuklear aufrüsten. Wir haben – so scheint es ihnen – zu wenig Atombomben.

Wie das Thema Krieg zur Zwangsvorstellung wird

«Russland bereitet sich auf einen großen Krieg vor» titelt pünktlich für unsere gemütliche Wochenendlektüre die Sonntagszeitung aus dem Verlag TX Group. Man beruft sich auf die notorischen Experten, die es wissen müssen: der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND), der litauische Geheimdienst (VSD) und so weiter. BND-Präsident Bruno Kahl streut seit Monaten die «Befürchtung», Moskau könne mit einem begrenzten Angriff auf das Baltikum das NATO-Bündnis «testen».

Die Vorstellung, dass wir «bald wieder Krieg haben werden», breitet sich in der Öffentlichkeit aus wie eine kollektive Zwangneurose. Die Medien

sind dankbar für ein starkes Thema und die bekannten Geheimdienstkreise und Sicherheitsexperten wissen, wie sie ihre «Befürchtungen» den Medien stecken müssen, um dem ideologischen Super-GAU vorzubeugen, der darin bestehen könnte, dass die Leute keine Angst mehr haben und nicht mehr an Aufrüstung zur Problemlösung glauben.

Das Kriegsgeschrei bleibt nicht ohne flächendeckende Wirkung. An jedem Biertisch setzt sich die Weisheit durch, Putin wolle mit seinen Panzern Europa überrollen. Dafür gibt es keinen Hinweis in seriösen russischen Quellen, und selbst die US-Geheimdienste halten es für sehr unwahrscheinlich.

Auf die Frage eines Journalisten, ob die Russen durch Europa marschieren wollen, antwortet der US-Sondergesandte Steve Witkoff nach seinen Gesprächen mit Wladimir Putin: «Zu hundert Prozent nicht». Dass Russland sich auf einen Krieg mit der NATO, also gleichzeitig mit zweiunddreissig europäischen und nordamerikanischen Staaten, einlassen würde, ist aus keiner «Logik» herzuleiten, wie verquer sie auch immer sei.

Dessen ungeachtet wird in den Medien der befürchtete Krieg mit Russland täglich ventilert. Er wird diskutiert, beschworen, vorhergesehen und begründet. «Wenn Krieg wäre: Würden Sie für die Schweiz kämpfen?» fragt die Sonntagszeitung und belehrt uns über eine Gallup-Umfrage, aus der ein Ranking der Kampfbereitschaft in verschiedenen europäischen Ländern abgeleitet wird. Und die Neue Zürcher Zeitung kann bei diesem Wochenend-Thema locker mithalten: Zivilschutzkader warnen, sie könnten die Schweizer Bevölkerung «im Kriegsfall kaum schützen».

Der «Krieg gegen die Russen» steht sozusagen oben im Sorgenbarometer. Oder soll man sagen: in der Hitparade der kollektiven Befindlichkeiten? Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode, heißt es bei Shakespeare.

Deutschlandfunk: Wehrbereitschaft täglich

Der öffentlich-rechtliche Deutschlandfunk (DIF) sieht sich offensichtlich genötigt, das deutsche Volk im Gleichschritt mit einer «Koalition der Willigen» (sozusagen Schreibtisch-Veteranen des Irakkrieges) auf das Unvermeidbare vorzubereiten, das da kommen mag. Kein Tag vergeht ohne Beiträge zur Wehrtüchtigkeit und Kampfbereitschaft.

Schon früh am Morgen höre ich eine Reportage von einem Minenräumboot in Kiel, wo ein deutscher Marinesoldat am Ende beiläufig bemerkt, er sei bereit, im Einsatz zu fallen. Gleichzeitig wird gemeldet, die deutsche Luftwaffe habe östlich von Rügen «ein russisches Aufklärungsflugzeug abgefangen».

In einem DIF-Wochenendjournal gibt es eine knappe Stunde Stimmen aus der Bundeswehr von der Sorte: «Ich habe geschworen, der Bundesrepublik treu zu dienen.» So tönt es bei der Luftwaffe und auch im Panzerbataillon 203, das nach Litauen verlegt werden soll, um dort «die NATO-Ostflanke zu verteidigen». Von einem Luftwaffenstützpunkt bei Köln hört man Stimmen von Piloten, die dereinst die in Büchel stationierten US-Atombomben abwerfen sollen. Da sagt einer, man trainiere täglich, weil «die nukleare Teilhabe ununterbrochen erhalten werden muss».

Es ist diese Generalstabs-Sprache, dieses sachlich-beflissene Technokraten-Deutsch, mit der die mentale Mobilmachung für einen Krieg gegen Russland täglich herbeigeredet und herbeigeschrieben wird. Es ist der gleiche, an Tollwut grenzende «Sachverstand», mit der Gerhard Polts Bunker-Mitbürger schwadroniert, der «Vernichtungskoeffizient einer Wasserstoffbombe» sei natürlich abhängig von der Großwetterlage. Da wird drauflos geplaudert, als habe es 1918 und 1945 nie gegeben. Als seien es «die Russen» gewesen, die japanische Grosstädte mit Atombomben vernichtet haben.

Deutschland müsse endlich wieder «kriegstüchtig» werden, forderte ein deutscher Verteidigungsminister, und alle, die noch glauben, wir seien nicht im Krieg, belehrt der EVP/CSU-Europaparlamentarier Manfred Weber, die deutsche Wirtschaft müsse unverzüglich auf «Kriegswirtschaft» umstellen. Das

aber, so findet dann im ZDF Prof. Klemens Fischer, Sicherheitsexperte der Uni Köln, sei das falsche Wort, besser halte man sich an den Begriff «Verteidigungsfähigkeitswirtschaft».

Kreative Wort-Erfindungen waren schon immer Wesen und effizientes Mittel von Propaganda. Grenzenlose Verschuldung zur Fütterung des militärisch-industriellen Kuckucks im Nest nennt man jetzt «Sondervermögen».

Die selbsterfüllende Prophezeiung

Es tönt, als sei der Krieg gegen Russland so sicher wie das Amen in der Kirche. Und es ist tatsächlich so: Wenn wir uns lange genug vorbereiten auf den Krieg, werden wir ihn am Ende haben. 1948 beschrieb Robert K. Merton das Phänomen in einem Artikel mit dem Titel The Self-Fulfilling Prophecy wie folgt:

„Die selbsterfüllende Prophezeiung ist anfänglich eine falsche Bestimmung der Situation, sie verursacht ein neues Verhalten, das bewirkt, dass die ursprünglich falsche Auffassung richtig wird. Die vordergründige Gültigkeit der selbsterfüllenden Prophezeiung führt eine Herrschaft des Irrtums fort. Denn der Prophet wird den tatsächlichen Gang der Dinge als Beweis dafür anführen, dass er von Anfang an recht hatte.“

Wer lange genug wiederholt, dass es mehr Waffen braucht, weil es Krieg geben wird, der wird einen Krieg brauchen, um zu beweisen, dass es die Waffen braucht. Man kann herbeiwünschen, was man vermeintlich fürchtet, um am Ende Recht zu behalten. Denn man wird ja nicht eingestehen wollen, dass «alles umsonst» gewesen sein könnte.

Wer – wie die Brüsseler EU – eine Schulden-Orgie von 800 Milliarden Euro vorführt, um die Rüstungsindustrien zu alimentieren, der wird dem Steuern zahlenden Volk auch bald einmal beweisen müssen, dass die Investitionen in Panzerhaubitzen wichtiger waren als in Altersrenten oder ins Gesundheitswesen.

Eine Regierung, die Kriegsvorbereitung ins Zentrum ihres Denkens, Lebens und Wirtschaftens stellt, wird den Krieg ernten, wenn die Saat aufgeht. Das ist zumindest eine Lektion,

die schon 1914 zu lernen war. Deutschland allein hat vorderhand eine nach oben offene halbe Billion Euro für Aufrüstung beschlossen. Das habe «die Aktienanleger elektrisiert und die Finanzmärkte stark bewegt», schreibt die NZZ in ihrer Rubrik The Market Daily. Seit der Aufhebung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben haben Rüstungsaktien wie Rheinmetall ihren Kurs verdoppelt.

Die Waffen werden nicht für den Krieg gemacht, der Krieg wird für die Waffen gemacht. So lapidar und treffend formulierte es der Philosoph Günther Anders. Das Pentagon ist der größte Arbeitgeber der USA. In den westlichen Industriestaaten gibt es keinen großen Konzern mehr, der nicht mit Milliarden-Verträgen an Rüstung und Krieg beteiligt ist.

Auch wenn man dafür Wörter wie «Sicherheitspolitik», «Verteidigungsbereitschaft» oder «Wiederaufbauhilfe» erfunden hat. Die Satirezeitung Charlie Hebdo schrieb einmal:

«Der Krieg ist dann zu Ende, wenn die Waffenhändler ihre Quote erreicht haben und die Betonhändler meinen, es wäre jetzt an der Zeit, die Bühne zu betreten.»

Die Fantasie vom «atomaren Gleichgewicht des Schreckens»

Nur wer stark genug sei, werde nicht angegriffen, lautet die Doktrin derjenigen, die zur Abschreckung aufrüsten wollen. Mit unbegrenzten Mengen von Waffen sei dem Feind das Fürchten beizubringen und dadurch Krieg zu vermeiden. Es gibt hunderte Beispiele in der Geschichte, die diese «Logik» widerlegen. Die Gleichgewichtler des Schreckens übersehen außerdem beflissen, dass wir nicht mehr in Zeiten der Seeschlacht von Trafalgar leben.

Wir sind in einer Welt angekommen, in der künstliche Intelligenz schon teilweise unsere Computer steuert, unsere Korrespondenz erledigt und selbstständig Joghurt für den Kühlschrank nachbestellt. Wenn «intelligente Programme» in Sekunden für uns «entscheiden», wann der Moment der höchsten Gefahr und Bedrohung eintritt und «gehandelt werden

muss», dann wird das Spiel mit der Abschreckung zum russischen Roulette.

Das atomare «Gleichgewicht des Schreckens» habe im Kalten Krieg funktioniert, so der Sermon der Aufrüster. Eine gefährliche Illusion. Ihnen allen wären die Tonbandmitschnitte der Diskussionen im Weißen Haus in den Oktobertagen des Jahres 1962 zur Lektüre empfohlen (vgl. Bernd Greiner. Kuba Krise. 13 Tage im Oktober)

Nicht das Wissen, die Klugheit und rationale Beherrschung der Lage waren der Grund, warum ein Nuklearkrieg vermieden wurde, sondern Zufall und viel Glück. Erst als 25 Jahre später die geheimen Tonbänder auf Grund des US-Informationsgesetzes öffentlich gemacht werden mussten, merkten entsetzte Rüstungsexperten, wie knapp die Welt 1962 einem Atomkrieg entgangen war. Damals wurde fürs Volk die Erzählung verbreitet, ein smarterer Präsident J.F. Kennedy habe mit Mut und souveränem Krisenmanagement einen großen Sieg davongetragen.

Heute wissen wir, dass US-Generäle hinter dem Rücken des Präsidenten alle Vorbereitungen für einen nuklearen Präventivschlag getroffen und den Finger am Drücker hatten und dass auch die Sowjetunion bereits taktische Atomwaffen auf Kuba stationiert hatte, um auf einen Angriff der USA in Sekundenbruchteilen zu reagieren.

In dem Macht-Poker war es letztlich dem Einlenken des sowjetischen Regierungschefs Nikita Chruschtschow zu verdanken, dass ein dritter Weltkrieg vermieden wurde.

Dass die NATO als Teil des Deals die Nuklear-Raketen, die sie zuvor in der Türkei den Russen vor die Haustür gestellt hatte, stillschweigend abzog, wurde dem breiten Publikum verschwiegen.

Der britische Mathematiker, Philosoph und Literaturnobelpreisträger Bertrand Russell, der mit Chruschtschow in Kontakt war, schrieb damals in einem Telegramm an Präsident Kennedy:

«Ich möchte Sie dringendst bitten, auf Chruschtschows entscheidendes Angebot kompromissbreit zu reagieren und Zusammenstoß mit den russischen Schiffen lange genug aufzuschieben, um Treffen und

Verhandlungen möglich zu machen. Nach einem Schusswechsel wird es vermutlich zu spät sein.»

Kennedy antwortete, ihm fehle in Russells Position die Kritik an der Sowjetunion, die Raketen auf Kuba stationieren wolle:

«Meiner Ansicht nach sollten Sie sich besser auf die Einbrecher konzentrieren als auf diejenigen, die die Einbrecher gefasst haben.»^[1]

«Wir haben rote Linien, ihr habt keine»

Kennedys Satz ist ein Satz von unerhörter Tragweite. Kuba war ein souveränes Land und nicht Staatsgebiet der USA. Also konnte von Einbruch keine Rede sein. Aber Washington war entschlossen, jede Stationierung von Atomwaffen in seinem Einflussgebiet unverzüglich und notfalls durch Einsatz von militärischer Gewalt zu verhindern.

Diese Strategie steht einem Weltpolitizisten selbstverständlich zu, nicht aber den Russen, so bis heute die Doktrin der NATO-Freunde. Spiegelbildliche Parallelen zum Ukraine-Konflikt sind also nicht zufällig, sondern Ausdruck von Denkschablonen westlicher Strategen, die sich seit 1962 nicht verändert haben.

Moskau hatte Jahrzehnte lang gewarnt, dass es die Stationierung von Nuklearwaffen vor seinen Grenzen in der Ukraine nicht dulden werde. Die NATO-Ideologen argumentieren dagegen, die Ukraine habe als souveräner Staat das Recht, sich militärisch zu verbünden, mit wem sie wolle. Eben das Recht, das der souveräne Staat Kuba 1962 oder der souveräne Staat Panama 1989 nicht hatten.

Neokonservative Machtgruppen der USA haben die Ukraine auf Biegen und Brechen in die NATO integrieren wollen, obwohl vorauszusehen war, dass dies die kulturell und politisch gesplante Gesellschaft der Ukraine zerreißen und in einen schweren Konflikt mit Russland führen würde.

Stephen F. Cohen, emeritierter Professor für Russische Studien an der Princeton und New York University, war einer der zahlreichen Russland-

Kenner, die schon 2015 darauf hinwiesen, die Eskalation werde gefährlicher als es jemals in den Jahrzehnten des Kalten Krieges der Fall war, weil der Westen keine roten Linien des Feindes mehr anerkenne:

«Putin sagt: Ihr überschreitet unsere rote Linie. Washington kontert: Es gibt keine rote Linie. Nur wir haben rote Linien, ihr habt keine. Ihr könnt keine Militärstützpunkte in Kanada oder Mexiko haben. Wir aber können Stützpunkte an euren Grenzen haben, soviel wir wollen.»

Dieselben Medien, die «gemäß Angaben aus Kiew» jedes mal russische Angriffe auf die Westukraine vermelden, wenn ich die Nachrichten im Radio anschalte, haben acht Jahre lang, von 2014 bis 2022, dröhnend geschwiegen, wenn sie die täglichen, gnadenlosen militärischen Angriffe der Kiewer Regierung auf die aufständische Ostukraine hätten vermelden sollen. In diesem Krieg gab und gibt es viele Schuldige auf beiden Seiten, und es ist nicht einfach zu sehen, wo und wann er begonnen hat.

Im Frühling 1955, siebzig Jahre ist es her, publizierte Bertrand Russell zusammen mit Albert Einstein ein Memorandum gegen die Aufrüstung, das von namhaften Wissenschaftern im Ostblock und im Westblock unterschrieben wurde. Darin heißt es:

«Wir müssen lernen, auf eine neue Art und Weise zu denken. Wir müssen aufhören, uns zu fragen, welche Schritte zu tun sind, um irgendeiner von uns bevorzugten Gruppe zum militärischen Sieg zu verhelfen; denn solche Schritte gibt es nicht mehr.»

Die Wissenschaftler sahen schon damals die Vernichtungskapazitäten der Waffen ins Unermessliche wachsen. Sie sahen schon damals die immer kürzeren Vorwarnzeiten und die Möglichkeit einer nuklearen Apokalypse:

«Darum legen wir Ihnen folgende Frage vor, eine Frage von harter, unausweichlicher Grausamkeit: Wollen wir die Menschheit oder den Krieg abschaffen? Diese Alternative möchten die Menschen nicht sehen, weil die Abschaffung des Krieges so schwierig ist.»

Propaganda: Traut Euch und durchbrecht die Schweigespirale!

von Alexander Neu

Der Beitrag erschien am 7.4.2025 auf den Nachdenkseiten und ist in der nachfolgenden Fassung leicht gekürzt.

Am 30. März veröffentlichten 15 Experten aus der Wissenschaft mit Schwerpunkt in der Außen- und Sicherheitspolitik eine Stellungnahme mit dem Titel „*Rationale Sicherheitspolitik statt Alarmismus*“.^[1] Darunter Wissenschaftler, die im Bereich der außen- und sicherheitspolitischen Forschung Rang und Namen haben. Initiator ist der Politikwissenschaftler J. Varwick an der Uni Halle.

Ein C. Masala, eine C. Major oder ein C. Mölling reisen von einer Talkshow in die andere, werden von einem Mainstreammedium zum anderen als Interviewpartner gereicht und der deutschen Öffentlichkeit als die ultimativen „Experten“ für Sicherheitspolitik verkauft, obschon ihre Aussagen zum Ukraine-Krieg bisweilen weit mehr vom Wunschdenken statt klaren Analysen gekennzeichnet waren und sind und sie sich mit Politikern wie A. Strack-Zimmermann die Bälle gegenseitig zuwerfen. Dies zunächst in der Beurteilung des Kriegsverlaufs (Ukraine kann Krieg gewinnen), später dann in der Schuldfrage, warum die Ukraine in die Defensive gerät respektive den Krieg zu verlieren droht (Westen hat zu wenig Waffen geliefert), und nun mit ebenso starker Propaganda die Forderung nach massiven Aufrüstungen EU-Europas angesichts eines bevorstehenden russischen Überfalls auf die NATO erheben.

Und dies sogar mit konkreter Terminierung: Nämlich am Montag, den 27. März 2028, findet der Angriff auf Estland statt, so C. Masala in seinem neuesten „wissenschaftlichen“ Werk „*Wenn Russland gewinnt*“. Ob der Kreml diesen Termin auch kennt? Aber Herr Masala ist nachlässig, fehlt doch noch die Uhrzeit. Ich persönlich vermute, so ab 05:45 Uhr wird geschossen – Sommerzeit – einen Tag zuvor werden erst die Uhren umgestellt. Der Russe wartet den Beginn der Sommerzeit ab.

Andere Experten zeigen sich im Hinblick auf die Terminlage noch unsicherer: Irgendwann zwischen 2028 bis 2030. Der Militärhistoriker und in den

Medien ebenfalls nicht mehr wegzu-denkende – wenn es um sicherheitspolitische „Expertise“ geht – Militärhistoriker, S. Neitzel, liegt irgendwo dazwischen und fabuliert vom an die deutsche Romantik erinnernden „*letzten Friedenssommer*“, den wir möglicherweise in Europa erleben werden.

Fassen wir also zusammen: Laut diesen Experten stelle sich nicht mehr die Frage, ob der Russe einfällt, sondern nur, wann er es tut. Und tatsächlich ist es nicht auszuschließen, dass Europa in den nächsten Jahren einen großen Krieg erfahren wird. Die in meinen Augen derzeit gefährlichste Zündschnur liegt indessen weniger in einer russischen Aggression gegen die NATO, da Moskau weder über die Fähigkeiten verfügt, noch meiner gegenwärtigen Einschätzung nach die Absichten dazu hegt.^[2]

Denn das primäre Kriegsmotiv ist entgegen des hiesigen Kriegsnarrativs nicht in einer territorialen Expansion, und erst recht nicht mit Blick auf Territorien mit nicht-russischsprachigen Bevölkerungen zu finden, sondern in einem sicherheitspolitischen Motiv: Stopp der NATO-Osterweiterung – und somit deren Verlegung von Personal und Infrastruktur an die russischen Grenzen -, insbesondere in den postsowjetischen Raum hinein.^[3]

Ein Motiv, welches zu benennen die oben genannten „Experten“ tunlichst zu vermeiden versuchen, da es das eigene Narrativ erschüttern würde. Und hier sind wir bei dem Punkt, warum die oben genannten „Experten“ im Ergebnis (nahender Krieg in Europa) denn doch noch recht haben könnten: Die Entsendung EU-europäischer Truppen in die Ukraine, ob mit oder ohne Nutzung von NATO-Strukturen.

Dieses derzeit von Paris und London vorangetriebene Hasardeursprojekt trifft auf das primäre Kriegsmotiv der Russischen Föderation – keine westlichen Truppen und Strukturen in der Ukraine. Das primäre russische Kriegsmotiv außer Acht zu lassen oder gar zu negieren, ist mehr als nachlässig. Man könnte sogar sagen, dass auf

diese Weise ein großer europäischer Krieg geradezu heraufbeschworen wird.

Mainstreammedien und ihre Dauergäste

Warum diese „Experten“ meist ohne Diskursgegner in den Medien herumgereicht und als die Koryphäen abgefeiert werden, ist unschwer zu erkennen, schaut man sich die manipulative Berichterstattung nicht weniger Mainstreammedien an: Eskalation gegen und Konfrontation mit Russland, statt Diplomatie und dem Streben nach einer neuen – alle Konfliktparteien einschließenden – Sicherheitsarchitektur. Ganz so, als sei Russland keine Nuklearmacht.

Meine Kritik an der Eskalations- und Konfrontationsrhetorik in westlichen und deutschen Redaktionsstuben relativiert nicht im geringsten die Verantwortung Moskaus für den unmittelbaren Krieg gegen die Ukraine. Meine Kritik soll jedoch das gesamte Konfliktbild zeichnen, mithin die Mitverantwortung im Westen für den gegenwärtigen Zustand in Europa. Und in Deutschland kann man eine ungesunde Diskurstriade von Medien/Journalisten, sogenannten Sicherheitsexperten und Sicherheitspolitikern beobachten, die sich gegenseitig in ihrer Eskalationskommunikation verstärken und ja auch kontrollieren, damit ja niemand unter ihnen dissidiert.

Abweichende Stimmen kommen entweder gar nicht zu Wort oder werden bestenfalls in Talkshows als Quotendissidenten mit drei oder vier Gegen-„Experten“, die die Aufgabe haben, den Quotendissidenten als umstrittenen Irrläufer plattzumachen, eingeladen.

Das Ziel ist es, das herrschende Narrativ zu festigen und jegliche Zweifel an diesem zu unterdrücken. Dabei bedient man sich dem in einer Gesellschaft weitverbreiteten Konformitätswunsch und der Angst der individuellen Selbstisolation aufgrund von Diskursabweichungen. Die von der Kommunikationswissenschaftlerin und Pöpstin der Meinungsumfragen E. No-

elle-Neumann entwickelte Theorie der Schweigespirale erfasst diesen Umstand sehr treffend.

Die Theorie der Schweigespirale beschreibt die Kommunikationsdynamik in der öffentlichen Meinung wie folgt: Die sich durchsetzende Meinung wirkt stärker, als sie tatsächlich ist. Durch das Schweigen eines eingeschüchterten Teils der Gesellschaft entsteht ein verzerrtes Bild der „Häufigkeitsverteilung“ von Meinungspositionen zu kontroversen Themen. Auf diese Weise kann ein eigentlich von einer Mehrheit getragenes Narrativ von einer sehr aktiven und lautstarken Minderheit in die Defensive gedrängt werden.

Das eigentlich von der Minderheit artikulierte Narrativ wird zunehmend als gesamtgesellschaftliches Narrativ wahrgenommen, obschon es das nicht ist. Die Mehrheit schweigt aufgrund der Ängste vor sozialer Ausgrenzung und Isolation. Und je aggressiver die Minderheit ihr Narrativ artikuliert, desto größer der Einschüchterungseffekt.

Und selbst die fehlerhaftesten Aussagen, ja geradezu die demonstrativ vor sich hergetragenen Bildungsdefizite werden nicht hinterfragt – weder von der schweigenden Mehrheit, weil eingeschüchtert, noch von der aggressiv agierenden Minderheit und ihren Journalisten, um die eigene Gruppe nicht zu schwächen.

Selbst hanebüchene politische Aussagen, die mehr an eine Märchenstunde erinnern, denn eine politisch seriöse Darstellung sind, wie sie kürzlich eine Frau Strack-Zimmermann ausführte^[4], werden unwidersprochen ausgestrahlt und der Öffentlichkeit zugemutet, was diese zu schlucken hat. Und selbstverständlich gibt es dann keinen Faktenchecker, die sich diesen sehr auffälligen und leicht zu widerlegenden Unwahrheiten annehmen.

Durchbrechen der Schweigespirale

Die Theorie der Schweigespirale zeigt indessen auch einen Ausweg: „Das Konzept der Schweigespirale reserviert die Möglichkeit, die Gesellschaft zu verändern, demjenigen, der Isolationsfurcht nicht kennt oder sie überwindet.“, so E. Noelle-Neumann (zitiert nach Michael Kunczik u.a. in: „Publizistik“). Zu dem Personen-

kreis, die diese Isolationsfurcht nicht haben oder sie wieder durchbrechen, gehörten eben auch Wissenschaftler.

Und hier kommen wir zurück zu der oben genannten Stellungnahme der 15 Sicherheitsexperten, die einen sehr wichtigen Beitrag dazu leisten, dieses Schweigen der Mehrheit aufzubrechen, sozusagen als intellektuelle Vorkämpfer den Diskursraum wieder gegen die Widerstände der dominanten Minderheit öffnen.

Diese Wissenschaftler tun dies selbst dann, wenn ihnen eine Diffamierungskampagne oder soziale und akademische Isolation droht. Die Unverfrorenheit, mit der eine Kriegspropaganda seitens der aktiven Minderheit gefahren wird, dürfte diese 15 Personen aus der Zurückhaltung gelockt haben, da sie die Gefahren der Eskalation einzuschätzen in der Lage sind. Und schon melden sich die ersten Konzernmedien zu Wort, die die Redlichkeit und Seriosität des Initiators, J. Varwick, versuchen infrage zu stellen: So schreibt Focus-Online:

„Varwick war seit Beginn des Ukraine-Krieges wiederholt mit Ansichten aufgefallen, die als zu russlandfreundlich kritisiert wurden. Er war gegen Waffenlieferungen und sagte im Juli 2022, die Ukraine sei „sowieso verloren“.

Also, J. Varwick ist „aufgefallen“, da er das vorherrschende Narrativ infrage stellt und sich damit außerhalb des geduldeten Diskursbereichs bewegt. Und dann auch noch mit „russlandfreundlichen“ Ansichten, die „kritisiert wurden“. Was aber sind denn genau „russlandfreundliche“ Ansichten und von wem wurden sie denn „kritisiert“?

Antwort: „russlandfreundliche Ansichten“ sind alle Ansichten, die das vorherrschende Konfliktnarrativ nicht teilen, sondern infrage stellen oder sogar andere Narrative anbieten. Und „kritisiert“ werden sie von denen, die das Konfliktnarrativ als einzig gültiges Narrativ sehen wollen und einen offenen Diskurs vehement ablehnen und



daher diese Person gesellschaftlich und wissenschaftlich ganz im Sinne der Theorie der Schweigespirale zu isolieren suchen.

Eine der ersten medial wahrgenommenen Personen, der jenseits der politischen Klasse das vorherrschende Konfliktnarrativ infrage stellte, ist der Philosoph Richard David Precht. Bereits 2014 zeigte er auch die Vorgeschichte des Konfliktes auf. Und kürzlich legte er im Gespräch mit M. Lanz nach^[5] und bezeichnete das Eskalationsnarrativ als „Massenwahn“.

„Ich glaube, da spinnen ganz viele ganz, ganz beträchtlich. Und es ist ihnen gar nicht klar, wie sehr sie spinnen und was für ein Unheil sie damit anrichten.

Mich erinnert das daran, wie in dem hervorragenden Buch von Christopher Clark es beschrieben wurde: ‚Die Schlafwandler‘. Wir steigern uns von Tag zu Tag in immer größere Bedrohungsphantasien rein. Fangen an, diese Bedrohungsphantasien mit der Realität zu verwechseln. Glauben, dass die Russen unmittelbar davorstehen, Polen anzugreifen oder Deutschland anzugreifen. (...) Ich finde das alles so absurd. (...) Aber man weiß ja, wie das ist. Wenn bestimmte Behauptungen, bestimmte Thesen, bestimmte Befürchtungen, bestimmte Ängste wiederholt und wiederholt und wiederholt werden, fangen immer mehr Menschen an, das für die Realität zu halten. Und dann beginnt ein sich verselbstständigender Prozess.“

Aber auch zahlreiche Autoren in den alternativen Medien haben sich nicht einschüchtern lassen. Nun aber scheint es, dass mit R. D. Precht sowie den 15 Experten ein wirklicher Riss in dem Konfliktnarrativ entstanden ist. Die Kriegspropaganda stößt an ihre Grenzen und erfährt Widerstand – hoffentlich auch ein gesellschaftliches NEIN.

Alle lieben den Heimatschutz

von Monika Bootz

Die Autorin ist Sprecherin der Wetterauer Aktion Frieden.

Über den Aufbau der neuen Einheit der Bundeswehr, ihre Aufgaben und ihre Verknüpfung mit der Zivilgesellschaft

Mit Datum 14. März 2025 wurde die Heimatschutzdivision „in Dienst gestellt“, wie die Tagesschau am selben Tag meldete. Auf ihrer Webseite heißt es weiter: „Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, vollzog den Schritt bei einem Appell in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin. Die Division ist der vierte Großverband des Heeres.“^[1]

Heimatschutz? Homeland Security? Ist das nicht diese Behörde in den USA, die nach den Anschlägen auf das World-Trade-Center 2001 in New York gebildet wurde? Und die in jeder US-Krimiserie irgendwann als überall Verschwörungen vermutende Gurkentruppe dargestellt wird?^[1]

Zur deutschen Variante schreibt die Bundeswehr: „Der Begriff Heimatschutz beschreibt den Schutz und die Verteidigung des eigenen Staatsgebiets.“ Und weiter: „Dabei geht es nicht nur um militärische Bedrohungen.“ Bereits kurz nach Gründung der Bundeswehr wurde in den 1960er Jahren ihr Einsatz bei Natur- und anderen Katastrophen vom Gesetzgeber geregelt.

2016 wurde der „Zivilschutz“ neu organisiert. Seither sind Bundeswehrangehörige bis hinunter in die Kreisebene in die Katastrophenschutzpläne integriert und arbeiten dort mit Behörden, Polizei, Technischem Hilfswerk (THW), Feuerwehr und Rettungsdiensten zusammen. Die Armee „kann sich ... schon jetzt auf ein Netzwerk aus 16 Landeskommandos am Sitz der jeweiligen Landesregierung, 37 Bezirksverbindungskommandos in allen Regierungsbezirken und 448 Kreisverbindungskommandos in allen Landkreisen und kreisfreien Städten stützen.“^[4]

Die Helfer in Flecktarnuniform sind immer häufiger bei den Übungen für größere Hilfeinsätze – sogenannte „Großlagen“ - zu sehen. Wo da die Hilfe der Bundeswehr für die Zivilschutzkräfte

beginnt und wo bereits die Hilfe aus der Zivilgesellschaft für die Bundeswehr Inhalt der gemeinsamen Übungen ist, lässt sich immer öfter nicht mehr auseinanderhalten.

„Wegen der veränderten Sicherheitslage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat der Heimatschutz mehr Bedeutung bekommen und soll verstärkt werden“, erklärt der Tagesschau Artikel und zitiert Altbundespräsident Joachim Gauck, der zur Indienstellung des neuen Großverbandes gekommen war: „Jetzt ist die Zeit für eine Haltung der Entschlossenheit, der Wehrhaftigkeit, der Verantwortung. Und diese Haltung muss aus der Mitte der Gesellschaft kommen und von ihr gestützt werden.“

Damit sind wir beim Kern dessen, was bereits seit einiger Zeit mit dem Aufbau von Heimatschutzkompanien, mit „Partnerschaften für den Heimatschutz“ und mit gemeinsamen Übungen von Militär und zivilen Stellen angestrebt wird. Im Spannungs-, Krisen- und Kriegsfall soll die gesamte Gesellschaft „kriegstüchtig“ sein und das Militär bei der „Territorialverteidigung“ unterstützen.

„Heimatschutz“ mobilisieren und die „Bedrohungslage“ in die Köpfe bringen

Schon seit 2021 können sich freiwillige Wehrdienstleistende im Rahmen des Projekts »Dein Jahr für Deutschland« zu »Heimatschützern« ausbilden lassen.

Vor zwei Jahren stießen wir dann das erste Mal darauf, dass das hessische Landeskommando der Bundeswehr ein Programm verfolgt, um mehr Personal in die Heimatschutzkompanien zu bekommen. „Partnerschaft mit der Bundeswehr“ richtet sich an die zivilen Behörden und an privatwirtschaftliche Unternehmen. Sofern deren Beschäftigte sich zum Reservendienst melden, können sie in ihren sechs Jahren Dienstpflicht zwei Wochen pro Jahr für Übungen oder Dienste freigestellt werden. Die Bundeswehr übernimmt die Kosten.

Das zeigt doppelte Wirkung. Denn

fast jeder Abschluss einer Partnerschaft wird durch große Artikel in der lokalen Presse bekannt gemacht, flankiert durch weitere Berichterstattung über die „gesteigerte Bedrohungslage“ - weshalb die Kräfte des Heimatschutzes gestärkt werden müssten.

Selbst bei Volksfesten wie dem Hessentag ist die Bundeswehr dabei und wirbt seit seiner Gründung auch für den Dienst im Heimatschutz. Wie das Bündnis Friedlicher Hessentag kritisiert, lädt die Bundeswehr gezielt Schulklassen zum Besuch ein.



Für einen Hessentag ohne Militär

Keine Waffenschau beim Hessentag!
Keine Kinder auf Panzern und Kampfjets!
Ein Hessentag für Frieden und Völkerverständigung!

Demonstration und Kundgebung
14. Juni 2025, 14 Uhr, Bahnhof Bad Vilbel

Bündnis Friedlicher Hessentag

So normal. So alltäglich. So nützlich. So machbar für Jedermann und Jede-frau.

Was sich beim Heimatschutz ändert

Die Division Heimatschutz gehört zum Heer, das eine Teilstreitkraft in der neuen Bundeswehrstruktur ist. Seine Aufgaben: Partner im Katastrophenschutz in Friedenszeiten. Im Krisen- und Kriegsfall soll sie sicherstellen, dass Deutschland als Operationsbasis und logistische Drehscheibe für die Nato funktioniert.

Es gibt 42 Heimatschutzkompanien deutschlandweit, die bisher den 16 Landeskommandos der Bundeswehr unterstellt waren. Im Herbst 2024 wurde in der Landeshauptstadt

Wiesbaden das Hessische Heima-
schutzregiment als fünftes seiner Art
gegründet. Das sechste wird derzeit in
Sachsen-Anhalt vorbereitet.

Für die nun „in Dienst gestellte“ Hei-
matschutzdivision sind aktuell 6.000
Stellen eingeplant, die zu 80 Prozent mit
Reservisten besetzt werden. Der Kom-
mandeur der neuen Division, General-
major Andreas Henne meint, nötig seien
aber deutlich mehr - und eine umfang-
reichere Präsenz in der Fläche. Er hofft
auf die neue Wehrpflicht und überlegt:
*„Alle diejenigen, die maximal elf Monate
bei der Bundeswehr bleiben wollen, sollen
in den Heimatschutz gehen.“*^[5]

Im Ernstfall müssten die Heimatschüt-
zer kurzfristig alarmiert, gemeinsam
und bewaffnet in einen Einsatz gehen
können. Denn: *„Unser Schwerpunkt ist es,
einen zeitgerechten Aufmarsch der Nato
möglich zu machen. Darin enthalten ist
der Schutz der kritischen Infrastruktur, Au-
tobahnbrücken, Kraftwerke, auch Server-
farmen, die in erster Linie militärischen
Gesichtspunkten unterliegen“*, wird der
Generalmajor in der Wetterauer Zeitung
zitiert.^[2]

Mehr Reservisten für die ganze Bundeswehr

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht
fehlt es nicht nur ständig an Soldaten
für den regulären Dienst. Einmal entlas-
sen, müssen sowohl Ex-Soldat:in wie
auch der Arbeitgeber der Teilnahme an
Reserveübungen zustimmen.

Der Spiegel berichtete: Die Planer im
Verteidigungsministerium argumentie-
ren, wegen der zu geringen Zahl von
Soldaten, die regelmäßig Reserveübun-
gen ableisten, sei eine »Abkehr vom Prin-
zip der Freiwilligkeit« nötig. Anders sei
die vom Minister angepeilte Zahl von
200.000 einsatzbereiten Reservisten
nicht erreichbar.^[3]

Generalmajor Henne scheint sich be-
wusst zu sein, dass zu hohe körperliche
Anforderungen bei der Rekrutenjagd
hinderlich sind. *»Muss der Soldat den 20-
Kilometer-Marsch mit 15 Kilogramm Ge-
päck laufen können? Oder können wir die,
die das nicht können, zu was anderem
brauchen?«*, fragt er, um selbst die Ant-
wort zu geben, dass er grundsätzlich je-
den für kriegsdienstverwendungsfähig
hält: *„Jeder hat spezielle Fähigkeiten und
nahezu jede Fähigkeit kann uns nutzen.“*^[4]

Hauptaufgabe: Sicherstellung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit

Im Krisen- und Kriegsfall besteht die
entscheidende Aufgabe des Heimata-
schutzes darin, Deutschlands Funk-
tion als Operationsbasis und Dreh-
scheibe für die Nato sicherzustellen.
Zentral dafür ist die vorbehaltlose Un-
terstützung der Bundeswehr aus der
Zivilgesellschaft. So wollen es die Nati-
onale Sicherheitsstrategie und der
1000-seitige geheime Operationsplan
Deutschland.

Darin gibt es wohl genauere Aus-
führungen, wie die Strategen in Mili-
tär und Politik diese „kriegstüchtige“
Gesamtgesellschaft in ihre Planungen
einbeziehen. Die rechtlichen Grundla-
gen für den Zugriff auf die Staatsbür-
ger:innen und ihr Hab und Gut wur-
den seit Verabschiedung der Not-
standsgesetze 1968 in etlichen Geset-
zen und Verordnungen fixiert. Diese
werden gerade überprüft und an die
neuen Anforderungen angepasst.

Erst kürzlich erschien mit dem *Grün-
buch 4.0 ZMZ* eine Analyse solcher Zi-
vil-Militärischen Zusammenarbeit, der
Heranziehung von Zivilpersonen in die
militärische Logistik im Krisen- und
Kriegsfall. Das „Grünbuch“ wurde von
einem Kernteam aus 20 Personen er-
stellt – mehrere Militärs, Vertreter von
Bundes- und Landesministerien und
von drei Verfassungsschutzämtern so-
wie Mitarbeitern einer Beratungs-
firma – im Auftrag von fünf Abgeord-
neten des Bundestages.

Auf ca. 60 Seiten wird in der Analyse
einiger Bereiche zusammengefasst,
wie zivile Behörden, Blaulichtorgani-
sationen, Privatunternehmen und Zi-
vilpersonen eingebunden werden.
Das reicht von Bewachung „kritischer“
Infrastruktur über die Unterstützung
von Truppen beim Durchmarsch und
die Versorgung Verletzter bis hin zur
Verhinderung von Sabotage. Aber
auch die Überwachung der Bevölke-
rung, Bekämpfung und Unterdrückung
von Protesten sind nicht ausge-
spart.

German Foreign Policy fasste zu-
sammen: *„Die Grünbuch-Autoren drin-
gen darauf, organisatorische Vorberei-
tungen schon jetzt zu treffen und nach*

*Möglichkeit auch Kapazitäten zu schaf-
fen, all dies nicht zuletzt unter Heranzie-
hung von Zivilisten. Zudem nehmen sie
Maßnahmen in den Blick, um im Krisen-
und Kriegsfall Protest und Widerstand
zu bekämpfen.“*^[7]

Heimatschutz und die „Zeitenwende von unten“

Seit der Zeitenwende-Rede von Olaf
Scholz im Bundestag finden sich stän-
dig in den Medien Beiträge darüber,
was von der gesamten Gesellschaft im
Spannungs-, Krisen- und Kriegsfall er-
wartet wird. Ein paar neuere Bei-
spiele.

Der MDR berichtete am 23.1.2025 :
Bundeswehr sensibilisiert Kreise für
Krisen - Thüringen als Drehscheibe für
Soldaten und Material im "Bündnis-
fall": Die Bundeswehr will mit Ober-
bürgermeistern und Landräten über
Aufgaben bei möglichen Krisen reden.
Sie sollen wissen, was in den Regio-
nen zu erwarten ist, sollte es zu einer
militärischen Konfrontation unter Be-
teiligung der Nato kommen.^[5]

Die Frankfurter Neue Presse titelte
am 27.11.24: *Vogelsberg als Dreh-
scheibe* - Die Lage des Vogelsbergkrei-
ses mache ihn zu einer wichtigen
Etappe in der Versorgung von NATO-
Truppen, etwa durch große Support-
Center für die Versorgung der Solda-
ten. Der Kreisbrandinspektor wird zi-
tiert: *„Im Krisenfall muss nun der Kreis
der Bundeswehr Amtshilfe leisten.“* Der
1000seitige geheime Operationsplan
Deutschland regele im Krisen- und
Kriegsfall auch die auf die Landkreise
herunter gebrochene Zivilverteidi-
gung.^[6]

Genauso gern wird in den „Sozialen
Medien“ per Bild und Text vor Augen
geführt, dass es jetzt darum geht,
nicht nur im Zivilschutz zusammenzu-
arbeiten, sondern auch die Unterstüt-
zung für das Militär zu üben.

Dass man nun nicht mehr nur die
Hilfe der Bundeswehr für zivile Behör-
den übe, sondern auch die Unterstüt-
zung der Behörden und Organisatio-
nen für die Bundeswehr, das sei, so
der leitende Offizier des Reservekom-
mandos aus Brandenburg, nun die
„Zeitenwende von unten“.

*Fußnoten und weitere Infos:
siehe online-Fassung*

Konversion rückwärts

von German Foreign Policy

Deutsche Bundesländer setzen, um das Schrumpfen ihrer Wirtschaft zu verhindern, auf den Ausbau der Rüstungsindustrie. Diese erwartet Aufträge in vielfacher Milliardenhöhe, fürchtet aber Mangel an industrieller Kapazität und Personal.

Aufschwung dank Militarisierung

Aktuelle Zahlen zur ökonomischen Entwicklung in Deutschland geben der Hinwendung zur Rüstungsindustrie neuen Auftrieb. Einer Berechnung des Münchner ifo-Instituts zufolge, die in der vergangenen Woche publiziert wurde, verzeichneten im vierten Quartal 2024 lediglich fünf der 16 Bundesländer ein – wengleich recht mäßiges – Wirtschaftswachstum. Bei dreien von ihnen – Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein – habe dabei „der Aufschwung in der Rüstungsindustrie ... eine zentrale Rolle“ gespielt, schreibt das ifo-Institut, das im Hinblick auf die erwarteten Milliardeninvestitionen in die Bundeswehr schon davon spricht, die norddeutsche Industrie „entkoppel[e]“ sich dank etwa der Marinewerften an der Küste und weiterer Waffenschmieden „von der gesamtdeutschen Entwicklung“.^[1]

Ihr Wachstum kontrastiert dabei mit einem Abschwung in Bundesländern, in denen etwa die Kfz-Industrie traditionell stark ist (Baden-Württemberg, Bayern) oder energieintensive Branchen, so etwa Teile der Chemieindustrie, eine bedeutende Stellung innehaben (Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen). Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) erklärte, seine Regierung wolle weiterhin auf die Rüstungsbranche setzen: „Man muss schauen, dass man für seine Wirtschaftsstruktur das tun kann, was möglich ist.“^[2]

Klinkenputzen bei Rüstungsfirmen

Mittlerweile haben die Regierungen weiterer Bundesländer angekündigt, sich verstärkt um die Förderung von Rüstungsunternehmen zu bemühen. Bereits Anfang März hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die

Grünen) erklärt, man wolle beim rasanten Ausbau der Rüstungsindustrie in ganz Europa „mitmischen“; die Branche müsse in Baden-Württemberg zu einem neuen industriellen Schwerpunkt werden.^[3] Kretschmann verwies auf Diehl Defence aus Überlingen am Bodensee, eine Firma, die für ihre Flugabwehrsysteme vom Typ IRIS-T bekannt ist und im Jahr 2024 ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent auf 1,5 Milliarden Euro steigern konnte.^[4] Wie der Grünen-Politiker fordert, solle die gesamte baden-württembergische Rüstungsbranche künftig „Technologie-Führerschaft“ anstreben. Auch das Saarland setzt inzwischen ausdrücklich auf Waffenschmieden.

Der dortige Landtag nahm in der vergangenen Woche eine von der SPD eingebrachte Resolution an, laut der das Bundesland nun für die Rüstungsindustrie attraktiver werden solle. Wirtschaftsminister Jürgen Barke (SPD) habe schon Einladungen an führende Unternehmen der Branche verschickt, hieß es; Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) bereite einen „Rüstungsgipfel“ vor.^[5] Die AfD-Fraktion fordere ein entschlossenes „Klinkenputzen“ in der Branche.

Panzer statt Pkw

Unklar ist, ob die deutsche Industrie das angestrebte rasante Rüstungswachstum tatsächlich stemmen kann. Ursache ist zum einen, dass die nötigen industriellen Kapazitäten nicht in ausreichendem Maß vorhanden sind. Rüstungsunternehmen haben begonnen, ihre Fabriken auszubauen und neue Werke zu errichten; Rheinmetall-Chef Armin Papperger etwa berichtete kürzlich: „Wir haben in Europa zehn Werke, die wir derzeit verdoppeln oder komplett neu bauen.“^[6]

Dieser Ausbau lässt sich allerdings nicht – gleichsam auf Knopfdruck – beliebig beschleunigen. Spezialisten äußern, die deutsche Industrie sei fähig, einen „Aufwuchs der Rüstungsausgaben ... im mittleren einstelligen Milliardenbereich“ alleine „mit organischem Wachstum“ zu stemmen.^[7] „Ginge der Aufwuchs deutlich darüber hinaus“ –

und darauf zielt Berlin –, „müssten Kapazitäten aus anderen rüstungsnahen Industrien verschoben werden“. Dies hat bereits begonnen. So hat der deutsch-französische Panzerbauer KNDS angekündigt, ein Eisenbahnwerk des französischen Konzerns Alstom in Görlitz zu übernehmen. Darüber hinaus zieht Rheinmetall einen Erwerb des Volkswagen-Werks in Osnabrück in Betracht. Rheinmetall hat zudem mitgeteilt, seine Standorte in Neuss und Berlin, an denen bislang Kfz-Teile zur zivilen Nutzung hergestellt werden, künftig für die Produktion von Kriegsgerät zu nutzen.

Personalzuwachs

Langfristig als schwierig erweisen könnte sich außerdem der unverzichtbare Aufwuchs im Personalbestand der Rüstungsindustrie. Über die Anzahl der direkten wie auch der indirekten Beschäftigten in der Branche liegen unterschiedliche Angaben vor. „Die Endhersteller wie Rheinmetall, KNDS, TKMS [ThyssenKrupp Marine Systems] oder Diehl“ verzeichneten heute „rund 60.000 Mitarbeiter in Deutschland“, schätzt Klaus-Heiner Röhl, Rüstungsexperte am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln; „einschließlich der Zulieferer“ seien es „ungefähr 150.000“.^[8]

Dabei nimmt die Zahl der Angestellten in der Branche schon deutlich zu.

Rheinmetall etwa hatte Anfang 2023 noch rund 26.000 Mitarbeiter gemeldet; heute sind es bereits 32.000, 2027 sollen es mindestens 40.000 sein. **Diehl Defence** steigerte die Zahl seiner Angestellten von knapp 3.800 im Jahr 2023 auf ungefähr 4.500 Anfang 2025.

Hensoldt wuchs im selben Zeitraum von weniger als 6.600 auf 8.400 und will dieses Jahr wenigstens 1.000 weitere einstellen. Die Firma **Renk**, die Panzergetriebe fertigt, zählte Ende 2022 um die 3.300 Arbeitskräfte; heute sind es bereits 4.000.^[9] Ein vergleichbarer Personalzuwachs ist auch bei zahlreichen weiteren Unternehmen der deutschen Rüstungsbranche zu registrieren.

Vom Autobauer zum Waffenschmied

Als günstig für die Branche wirkt sich dabei aus, dass in der Bevölkerung einst vorhandene Hemmungen, Kriegsgerät zu produzieren, eindeutig abgenommen haben. „Die Akzeptanz für die Branche wächst, das Interesse der Bewerber steigt“, konstatierte eine Headhunterin schon im März 2023, lediglich ein Jahr nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs: „Die Arbeit in der Rüstung wird als sinnstiftender empfunden“.^[10]

Mittlerweile komme noch hinzu, wurde vor kurzem eine Expertin der Jobplattform Indeed zitiert, dass die riesigen in Berlin geplanten Rüstungsausgaben „die Arbeitgeberattraktivität“ erhöhen; Jobs in der Waffenindustrie gälten als krisensicher.^[11] Längst melden Rüs-

tungskonzerne Bewerbungen in Rekordhöhe. Trotz allem geben sich Insider skeptisch. Man müsse voraussichtlich „Hunderttausende zusätzliche Stellen“ besetzen, erläutert eine Spezialistin der Personalberatung Heinrich und Coll; dabei seien längst nicht alle, die Bewerbungen einschickten, fachlich geeignet.

Helfen könne, dass Rüstungskonzerne wie etwa Rheinmetall oder Hensoldt bereits Vereinbarungen mit Kfz-Konzernen und deren Zulieferern getroffen hätten, denen zufolge sie Personal, das bei diesen entlassen werde, übernehmen.^[12] Damit werde man jedoch „das Problem ... nicht komplett lösen können“.

Politische Hindernisse

Denn zum einen mache Deutsch-

land ja nicht seine „komplette Auto- oder Bahnindustrie dicht“, konstatiert die Spezialistin; zum anderen gebe es politische Hindernisse – Bürger von Staaten wie etwa Russland, China, Iran, aber auch Syrien und Afghanistan dürften aufgrund ihrer Herkunft nicht in deutschen Rüstungskonzernen tätig sein.

Das schließt Flüchtlinge wie auch Arbeitsmigranten aus bedeutenden Herkunftsländern aus, die in anderen Branchen den in Deutschland bestehenden Mangel an Fachkräften und an anderen Arbeitern zu decken helfen. Sie sei „skeptisch“, erklärt die Spezialistin, „dass man mit dem vorhandenen Personal die Steigerung der Entwicklungs- und Produktionsleistung stemmen kann“.

Straßenbahnen statt Panzer Tod oder Leben – wofür arbeiten wir?



Waggonbau Görlitz muss bleiben

von Jörg Bergstedt und Tobi Rosswog

Was in den Aufbau militärischer Infrastruktur geht, fehlt bei sozialen, kulturellen und Umweltschutzprojekten.

In der geteilten Neiße-Stadt Görlitz (polnischer Teil: Zgorzelec) zeigt sich beides in einem einzigen Projekt. Denn dort wird eine Fabrik mit langer Tradition im Waggonbau, die aktuell der Firma Alstom gehört, auf Panzerbau umgerüstet – unter der Regie der deutsch-französischen Wehrtechnikgruppe KNDS, Hersteller des Leopard.

Produzieren für den Tod statt für das Leben: Das ruft Friedens- und Umweltaktivist:innen auf den Plan. Sie wollen das doppelte Desaster mit kreativen Aktionen öffentlich machen, die Beschäftigten genauso wie die dort Wohnenden für die Beibehaltung des Waggonbaus gewinnen. Angesichts der Dimensionen, die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gerade annehmen, ist die Debatte darum noch bedenklich leise. Da gilt es, etwas in Gang zu schieben. Wir hoffen,

am Ende eine grundsätzliche Entscheidungsfrage stellen zu können: Sollen Wirtschaft und staatliches Handeln Profit, Macht und Tod dienen – oder einem besseren Leben der Menschen?

Die zentral in der Stadt gelegene Fabrik wollte der Betreiber Alstom aufgeben – nicht, weil es keine Aufträge für Züge gäbe, sondern weil anderswo größere Profite winken.

Mit der Drohung, die Produktion zu verlagern, erpresste der zweitgrößte Bahntechnikkonzern der Welt die üblichen Lohnverzichtsversprechen der IG Metall. An seine Bestandsversprechen hielt sich der Konzern dann trotzdem nicht, sondern verkaufte das Werk an den Panzerbauer KNDS. [...]

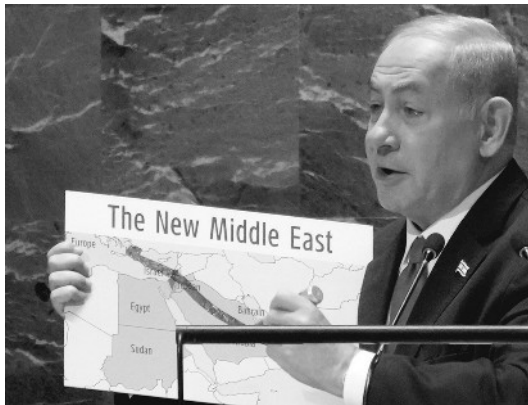
Bundesweit und vor Ort haben sich Menschen aus linken, Friedens- und aktivistischen Strömungen zusammengefunden, die sich der Umwandlung ziviler in militärische Strukturen widersetzen wollen. Das Waggonwerk in Görlitz soll dabei zu einem besonderen Symbol werden.

Grafiken und Text entnommen aus:
Aktionszeitung für eine Verkehrsindustrie
mit Zukunft, Ausgabe Nr. 2 – Mai 2025

Einige Aktivist:innen haben Erfahrungen mit Waldbesetzungen, Verkehrswendeaktionen und antifaschistischen Kämpfen. Wir wollen den militärischen Alltag stören und Signale aussenden, um den nationalen Taumel pro Kriegstüchtigkeit in eine klare Position für Abrüstung, Klimaschutz und Menschenrechte zu drehen.

Rund um den 1. Mai geht es mit Aktionen in der Görlitzer Innenstadt und vor dem Werkstor los. Die dienen zunächst dem Ziel, die Arbeiter:innen im Waggonbau und die Görlitzer Bevölkerung dafür zu gewinnen, dass die Kinderwünsche wahr werden, die immer noch am Fabriktor ausgehängt sind: „Waggonbau Görlitz muss bleiben“, steht da.

Weitere Aktionen sollen folgen. „Wir wollen keine Begleitfolklore des Unabwendbaren sein“, heißt es aus der Runde der Aktivist:innen. „Einer solchen Mordmaschine entgegenzutreten, braucht kluges Vorgehen, starke Inhalte, aber auch spektakuläre Aktionen, die aufregen und zum Denken anregen.“



Der nachfolgende Beitrag ist eine redaktionelle Zusammenfassung von drei Einzelartikeln (siehe Online-Fassung mit Quellenhinweisen), die bei Globalbridge.ch am 4.3. und 22.3. sowie den Nachdenkseiten am 4.4. erschienen sind.

Friedrich Merz hat mehrfach seine Absicht bekräftigt, den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu trotz Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) nach Deutschland einzuladen. Ein solcher Haftbefehl muss aber nach dem „Römischen Statut“ von den Unterzeichnerstaaten – auch von Deutschland – respektiert werden.

Zur Erinnerung: 61.709 Menschen im Gaza-Streifen wurden nach Angaben der palästinensischen Gesundheitsbehörde vom 3. Februar 2025 von der Israelischen Armee seit dem 7. Oktober 2023 getötet. Diese Zahl beinhaltet Menschen, die vermisst werden und vermutlich tot unter den Trümmern liegen. Das medizinische Fachjournal *The Lancet* geht davon aus, dass weit mehr an ihren Verletzungen und indirekten Folgen des Krieges starben. Die tatsächliche Zahl möglicher Todesopfer könnte demnach auf 186.000 oder mehr steigen.

Im Februar 2025 hieß es in einem neuen Lancet-Bericht, die Lebenserwartung der Bevölkerung des Gaza-Streifens sei um knapp 50 Prozent (!) gesunken.

Die Nichtbeachtung der Opfer des Gaza-Krieges, des internationalen Rechts und des Strafgerichtshofes ist angesichts dieser Tatsachen beachtlich. Will Merz mit der völkerrechtlich illegalen Einladung des israelischen Ministerpräsidenten sicherstellen, dass Deutschland weiterhin Zugriff auf israelische Waffen- und Drohnentechnologie und Spionagesoftware hat?

Herausragend dabei war die von Is-

Israel verwüstet seine Nachbarn an sieben Fronten von Karin Leukefeld

rael vor den Augen der Welt in Gaza vorgeführte mörderische Technologie namens „Lavender“, eine „Künstliche Intelligenz“, die innerhalb kürzester Zeit tausende Ziele identifiziert und zum Abschuss freigibt. In den ersten Wochen des jüngsten Gaza-Krieges (seit dem 7. Oktober 2023) wurden von „Lavender“ 37.000 Palästinenser als Ziele ausgemacht, weil sie tatsächlich oder scheinbar Kontakt zu bereits identifizierten angeblichen Hamas-Kämpfern gehabt haben sollen.

Bei der Befreiung von vier israelischen Gefangenen (Geiseln) Anfang Juni 2024 im Flüchtlingslager Nuseirat im Gazastreifen, wurden mit Hilfe „Künstlicher Intelligenz“ mehr als 200 Menschen getötet und mehr als 400 Menschen verletzt. Überlebende sprachen von einer „Hölle auf Erden“.

Netanjahu erklärt, dass Israel seit einem Jahr einen „Krieg der Wiedergeburt“ kämpfe. Der „mörderische Überraschungsangriff von Hamas-Terroristen“ sei der „furchtbarste Angriff auf das jüdische Volk seit dem Holocaust“ gewesen, so Netanjahu. Israel werde an sieben Fronten angegriffen und kämpfe an sieben Fronten, so Netanjahu. Die „Sicherheitsrealität in unserer Region“ werde verändert. Und vor seiner Reise zu einem Treffen mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump in die USA betonte er gegenüber der Presse „Unsere Entscheidungen in diesem Krieg haben bereits das Gesicht des Mittleren Ostens verändert“. Eine enge Zusammenarbeit mit US-Präsident Trump werde dazu beitragen, die Landkarte „noch mehr zu verändern“.

Netanjahu spricht von „unserer“ Region, von „unseren“ Kindern, von „unserer“ Zukunft. Die „Landkarte verändern“, die „Sicherheitsrealität verändern“ bedeutet für die Völker und Staaten der Region Krieg. Die „gewaltsame Neuordnung“ der Region zwischen dem östlichen Mittelmeer und dem Persischen Golf ist seit langem geplant, wie der ehemalige Schweizer Botschafter Kurt O. Wyss in seinem Buch „Die gewaltsame amerikanisch-israelische ‚Neuordnung‘ des Vorderen Orients“ beschreibt.

Der Krieg gegen Palästina dauert seit mehr als 100 Jahren. Er begann im 19. Jahrhundert mit der zionistischen Bewegung und ihrer Idee in Palästina eine „jüdische Heimstatt“ zu errichten. Auf dem Land eines anderen Volkes sollte ein Staat errichtet werden, man nennt es auch „Siedler-Kolonialismus“. Viele Staaten in Afrika, Asien, Nord- und Südamerika haben erfahren, was das heißt. Das Projekt nahm erste Gestalt an mit dem britisch-französischen Sykes-Picot-Abkommen (1916) und der Balfour-Erklärung (1917).

Krieg in Gaza, Westjordanland, Libanon und Syrien

Heute führt der 1948 gegründete Staat Israel tatsächlich direkt und indirekt „Krieg an sieben Fronten“: im Gazastreifen, im Westjordanland, Libanon, Syrien, Irak, Jemen und Iran. Die Territorien der Völker der Region werden verwüstet und besetzt. Aus Weizenfeldern werden Schlachtfelder, Lebensgrundlagen werden verbrannt. Wer sich widersetzt und sein Recht, sein Land, seine Heimat verteidigt, wird als „terroristisch“ gebrandmarkt und getötet. Die Menschen sollen sich unterwerfen, werden vertrieben oder in Flüchtlingslagern eingesperrt.

Die absichtliche Vernichtung ziviler und militärischer Infrastruktur und Lebensgrundlagen, das systematische Töten auch von Frauen und Kindern, Angriffe und Verwüstung von Kliniken, Schulen, Kirchen und Moscheen, von Wohnungen und Lebensgrundlagen, Folter von Gefangenen, Einsatz von weißem Phosphor – es gibt kein Halten für die israelische Armee. 2.000 Pfund Bomben werden über Wohngebieten abgeworfen und Bomben, die mit „künstlicher Intelligenz“ Zielpersonen suchen.

Bunkerbrechende Bomben gehören ebenfalls zum Standardarsenal der israelischen Luftwaffe, wie im Fall des Angriffs auf den Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah. Bei diesem Angriff auf ein Wohnviertel von Beirut setzte Israel mehr als drei Mal so viele bunkerbrechende Bomben ein, als die US-Luft-

waffe während der ganzen Irak-Invasion 2003 nutzte.

Israel ist ein UN-Mitgliedsstaat, doch keines seiner in aller Öffentlichkeit stattfindenden Kriegsgräuere hat bisher den UN-Sicherheitsrat dazu gebracht, Artikel 7 der UN-Charta zu aktivieren. Dieser Artikel enthält eine Reihe von spürbaren politischen und wirtschaftlichen Strafmaßnahmen und Waffenembargos, die der Sicherheitsrat gegen Israel in Kraft setzen könnte. Allein eine Debatte darüber, geschweige denn eine Abstimmung, würde für Aufmerksamkeit sorgen.

Und so bleibt es einer bewaffneten Widerstandsbewegung im Jemen überlassen, dem Armenhaus der arabischen Welt, auf ihre Art mit einseitigen Strafmaßnahmen gegen Israel und deren Partner vorzugehen. Die Ansar Allah, auch Houthi-Bewegung genannt, greifen US-Kriegsschiffe im Roten Meer an und solche Schiffe, die Ladung für Israel tragen. Zunächst, um einen Waffenstillstand im Gazakrieg zu erreichen. Aktuell, um Israel zu zwingen, die Belagerung des Gazastreifens aufzuheben, damit Trinkwasser, Lebensmittel, Medikamente, Decken, Fertighäuser und Benzin die Menschen erreichen.

Solange Israel dem nicht nachkomme, würden die Angriffe auf Schiffe im Roten Meer wiederaufgenommen, die für Israel bestimmt sind. Die US-Administration droht die Bewegung „zu vernichten“ und verlangt gleichzeitig vom Iran, seine Unterstützung für die Houthi-Bewegung einzustellen. Gemeinsam mit Großbritannien starten die USA massive Luftangriffe auf Stellungen der Houthi-Bewegung, mehr als 50 Menschen sterben.

Die Houthi-Bewegung reagiert mit Angriffen auf den US-Flugzeugträger USS Eisenhower, der Berichten zufolge beschädigt wird und die Region Richtung Mittelmeer verlassen haben soll. Eine Bestätigung der US-Streitkräfte gibt es nicht.

Im Libanon verstößt Israel permanent gegen das Waffenstillstandsabkommen, dem es im November 2024 zugestimmt hat. Es setzt seine Angriffe fort und weigert sich, sich aus dem Land zurückzuziehen. Während sich die Hisbollah – bis auf eine Ausnahme – an die Vereinbarung hält, bombardiert Israel

weiterhin ungestraft Hunderte von Dörfern und landwirtschaftlich genutztes Kulturland.

Seit Beginn der Waffenruhe verübte Israel mindestens 1.250 Angriffe auf den Zedernstaat. Mindestens 100 Menschen wurden getötet. Nach Angaben der UNO-Friedensmissionen, darunter UNIFIL bei einer Anhörung vor dem UN-Sicherheitsrat feuerte Israel allein in den ersten fünf Tagen der Waffenruhe 99 Geschosse auf den Libanon, die Hisbollah nur zwei auf Israel. Die Washington Post berichtete am 19. Januar 2025, dass im Süden des Libanon zwischen dem 5. Dezember und 6. Januar mehr als 800 Gebäude von der israelischen Armee absichtlich zerstört oder beschädigt wurden.

Zahlreiche Orte entlang der „Blauen Linie“ wurden von Israel seit Anfang Dezember 2024 nahezu vollständig dem Erdboden gleichgemacht, ohne dass die libanesische Armee oder der UNO-Sicherheitsrat Israel gestoppt hätten.

In Syrien fliegt die israelische Luftwaffe weiter Angriffe auf militärische Stützpunkte in Deraa und Homs. Ein Flughafen bei Palmyra (Homs) wurde angegriffen, der bereits Anfang Dezember 2024 bei einer Angriffswelle Israels weitgehend zerstört worden war.

Die Front im Gazastreifen

In der Nacht zum 18. März werden mehr als 400 Menschen getötet, als israelische Kampfjets und Drohnen das Gebiet erneut angreifen. Die Netanyahu-Regierung hat damit das Abkommen für eine Waffenruhe mutwillig gebrochen, das am 19. Januar in Kraft getreten war. Unterstützt wird der neue Waffengang von der US-Administration.

Während dieser Waffenruhe konnte die Bevölkerung von Gaza in den Norden zurückkehren. Die Menschen standen vor dem Nichts, die massiven israelischen Bombardierungen über mehr

als ein Jahr hatten nichts als „Trümmer und Staub“ hinterlassen.

Wie vereinbart hat die Hamas 33 israelische Gefangene übergeben, von denen acht tot waren. Israel ließ im Gegenzug 1.904 palästinensische Gefangene frei. Darunter waren 46 Frauen und Kinder sowie 456 Männer, die alle in Israel ohne Anklage inhaftiert waren.

Drei der freigelassenen israelischen Gefangenen waren am 7. Oktober 2023 bei dem Musikfestival nahe der Grenze zum Gaza-Streifen entführt worden. Sie werden vor der Übergabe an das IKRK auf einer Bühne gezeigt. Einer von ihnen, Omer Shem Tov, wendet sich unvermittelt an die beiden neben ihm stehenden Qassam-Kämpfer und küsste sie auf die Stirn. Beide hatten möglicherweise den Gefangenen bewacht, man schien sich zu kennen. Die Szene wird in westlichen Medien verurteilt, im israelischen Fernsehen werden die Aufnahmen nicht oder nur ausschnittsweise gezeigt. Es heißt in Israel, die Gefangenen seien mit Beruhigungsmitteln betäubt worden und wüssten nicht, was sie täten.

Der israelische Ministerpräsident Netanjahu nutzt die Situation, um die zugesagte Freilassung von 602 palästinensischen Gefangenen im Gegenzug zu stoppen. Man werde erst dann wieder Gefangene austauschen, wenn die öffentliche und „entwürdigende“ Zurschaustellung der israelischen Geiseln unterlassen werde. Die Hamas setzt daraufhin weitere Verhandlungen aus, bis die Gefangenen wie vereinbart freigelassen seien.

Die Waffenruhe war die erste Phase einer Vereinbarung zwischen Israel und der Hamas gewesen, die vier Phasen umfassen sollte. Die zweite Phase



sah die Freilassung weiterer israelischer Gefangener aus dem Gazastreifen vor. Im Gegenzug sollte Israel weitere palästinensische Gefangene freilassen und die israelische Armee sich weiter aus dem palästinensischen Küstenstreifen zurückziehen. Zudem sollte in dieser zweiten Phase über einen anhaltenden Waffenstillstand und den Wiederaufbau des verwüsteten palästinensischen Gebietes verhandelt werden.

28.2.2025: Während die Muslime sich auf den Ramadan vorbereiten, heißt es in Washington, eine erneute Waffenlieferung an Israel sei auf dem Weg. Es handele sich um einen „Notfall“, daher sei keine Zustimmung des Kongresses erforderlich, erklären übereinstimmend das Pentagon und das Außenministerium. Die Lieferung habe einen Wert von 3 Milliarden US-Dollar und enthalte Bomben, verschiedene Waffen und Abrissmaschinen.

Die Lieferung soll in drei Phasen erfolgen und besteht demnach aus 35.529 „Allzweckbomben“ und 4.000 bunkerbrechende Bomben, die jeweils 1000 kg pro Stück wiegen. Es war schon die zweite „Notlieferung“ von Waffen und Rüstungsgütern an Israel die die Trump-Regierung innerhalb eines Monats genehmigt hatte.

1.3.2025: In Kairo erklärt Israel, es wolle keine zweite Phase der Waffenruhe verhandeln, sondern die erste Phase verlängern. Die USA springen bei und schlagen eine Verlängerung um sechs Wochen vor. Die Hamas beharrt darauf, dass die zweite Phase des Abkommens in Kraft treten soll.

2.3.2025: Der israelische Ministerpräsident ordnet die Blockade aller Hilfsgüter in den Gazastreifen an. Die Hamas spricht von Erpressung.

18.3.2025: Israel eskaliert seinen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser erneut und droht nun Hunderttausenden im Gazastreifen mit der Vertreibung.

Die Frontlinie im Westjordanland – „eine Nakba“

Das Westjordanland ist Frontlinie seit dem 7. Oktober 2023. Vom ersten Tag an ist das Westjordanland im Inneren komplett gesperrt, so dass die Bewegungsmöglichkeiten für Palästinenser noch schlechter sind, als ohnehin schon.

150.000 Menschen verlieren dadurch ihre Arbeit und ihr Einkommen. Die Zahl der Toten im Westjordanland liegt bei 680 (Al Jazeera, palästinensische Gesundheitsbehörde) und steigt täglich.

Mit Beginn der Waffenruhe im Gazastreifen weitete das israelische Militär seine Angriffe im Westjordanland aus. Mit Bulldozern werden Straßen und Häuser zerstört. Zum ersten Mal seit mehr als 20 Jahren stationiert die israelische Armee hier wieder Panzer. Im Zentrum der militärischen Angriffe liegen die Flüchtlingslager Jenin, Tul-karem und Nur Shams im Norden des Westjordanlandes. Allein in Jenin werden mindestens 120 Wohnungen komplett verwüstet. Dutzende Menschen werden festgenommen, mehr als 40.000 Menschen vertrieben. Dem UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) wird von Israel untersagt, den Menschen dort oder in Ostjerusalem zu helfen. Unterstützt wird die israelische Armee von aggressiven Siedlertruppen, die palästinensische Dörfer und die Bewohner überfallen.

17.2.2025: Die israelische Organisation „Peace Now“ teilt mit, dass Israel vor habe 1.170 Wohnungen für Siedler im besetzten Westjordanland zu errichten. Gemäß dem internationalen Recht dürfen Besatzerstaaten in besetztem Territorium nicht bauen. Der Internationale Gerichtshof hat im Juli 2024 die Israelische Besatzung des palästinensischen Westjordanland und Ost-Jerusalem für illegal erklärt und Israel aufgefordert, sich aus den besetzten Gebieten sowie aus dem Gaza-Streifen „so schnell wie möglich“ zurückzuziehen.

27.2.2025: Gideon Levy, der langjährige Haaretz-Korrespondent in den besetzten palästinensischen Gebieten, veröffentlicht einen Kommentar über die Lage im Westjordanland. Wenn dort eine „Dritte Intifada ausbricht vergisst nicht, dass Israel sie absichtlich entzündet hat“, schreibt Levy. „Ein Krieg ist noch nicht ganz beendet, da beginnt Israel schon den nächsten zu schüren“. Es gebe keine Atempause, nicht einen Funken Hoffnung. Der „diplomatische Horizont“ Israels reiche nur noch von einem Krieg zum nächsten. Nicht weniger als drei Alternati-

ven stünden auf der Tagesordnung, schreibt Levy: „Den Krieg in Gaza wiederaufnehmen, den Iran bombardieren und einen Krieg im Westjordanland zu beginnen.“

Die Menschen im Westjordanland würden – wie ihre Mitbürger im Gazastreifen – als „menschliche Tiere dämonisiert. Israel gebe an, 40.000 Palästinenser aus Lagern im Westjordanland „evakuiert“ zu haben und selber dort für ein Jahr bleiben zu wollen. Der Befehl laute „Feuer frei“. Was im Westjordanland geschehe, sei kein „Krieg gegen den Terror“, betonte Levy. Man bekämpfe Terror nicht, indem man die Infrastruktur für die Wasserversorgung zerstöre, Stromleitungen, Straßen und Abwasserleitungen zerstöre. Was Israel im Westjordanland tue sei „systematische Zerstörung von Flüchtlingslagern.“ Und um eins klarzustellen, so Levy weiter in seiner Brandrede: „Was Israel heute tut, ist klar. Eine Nakba.“

Weitere Beihilfe aus Deutschland

Trotz des anhaltenden Krieges Israels gegen die Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland, trotz anhaltender Bombardierung in Syrien, trotz Bomben auf Jemen und trotz des fortlaufenden Bruchs der Waffenruhe im Libanon liefert Deutschland weiterhin Rüstungsgüter nach Israel.

Zwischen dem 1. Januar und dem 16. März 2025 genehmigte die noch amtierende Rest-„Ampel“-Regierung von Sozialdemokraten und Grünen Rüstungsexporte nach Israel im Wert von 24,46 Millionen Euro, wie aus ihrer Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen (BSW) hervorgeht. Das ist fast dreimal so viel wie im ersten Quartal 2024. 2023 lieferte Deutschland „Rüstungsgüter“ an Israel im Wert von rund 327 Millionen Euro und 2024 für weitere 161 Millionen Euro. Das Auswärtige Amt hatte am Anfang des Jahres stolz auf die „strategische Partnerschaft“ zwischen Deutschland und Israel hingewiesen. Beide Länder seien „vereint in ihrem Engagement für gemeinsame Werte und ihrer Entschlossenheit, gemeinsam den Herausforderungen der Gegenwart zu begegnen“.

Passionswoche in Gaza

von Josep Borrell

Dieser Text von Josep Borrell, ehemaliger Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission, erschien am Ostersonntag, 20. April 2025 in der spanischen Zeitung *El País*. Nachfolgend wichtige Auszüge aus der deutschen Übersetzung:

Die EU darf nicht länger tatenlos zusehen, wie sich in Gaza ein Horror abspielt und das Westjordanland „gazaifiziert“ wird.

Am 18. März brach Netanjahu wenige Tage vor der Amtseinführung Trumps die vereinbarte Waffenruhe.

Eine Welle von Bombardierungen forderte innerhalb weniger Stunden mehr als 400 Tote. Damit sicherte Netanjahu sich sein politisches Überleben, weil die Fortsetzung des Krieges Bedingung seines rechtsextremen Verbündeten Smotrich zum Erhalt der Regierungskoalition war. [...]

Die NGO ‚Ärzte ohne Grenzen‘ hat Gaza als Massengrab für Tausende von Gazanern bezeichnet sowie *„auch für diejenigen, die versuchen, ihnen zur Hilfe zu kommen.“*

Zwölf der größten internationalen humanitären Nichtregierungsorganisationen haben gerade gemeinsam einen Alarmruf veröffentlicht. Niemand scheint ihn zu hören.

Smotrich bekräftigte die Worte von Katz und erklärte, dass jeglicher Druck ausgeübt werde, um *„die Menschen in den Süden Gazas zu evakuieren und den Plan von Präsident Trump zur freiwilligen Migration für die Bewohner Gazas umzusetzen“.*

Ein Plan, von dem Katz, als damaliger Außenminister, uns bereits Anfang 2024 in der EU erzählt hatte. Die Armee hat die Hälfte des Territoriums eingenommen und zwei Drittel Gazas unter Evakuierungsbefehl gestellt, die in „verbotene Zonen“ umgewandelt wurden, ebenso wie die Grenzstadt Rafah.

Ziel ist es, die Voraussetzungen für die größte ethnische Säuberungsaktion seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu schaffen.

Der Satz *„Kein einziges Korn Weizen wird nach Gaza gelangen“* ist ein offensichtlicher und vollständiger Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht, denn die Vernichtungsabsicht ist unübersehbar, was der Internationale Strafgerichtshof mit der Ausstellung des Haftbefehls gegen Netanjahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister bereits als solche anerkannte. Dieser Völkermord ist nicht weniger schwerwiegend als die Genozide von Srebrenica und Uganda.

Gleichzeitig führt die Armee im Westjordanland ihre größte Offensive seit Jahrzehnten durch. Mehr als 40.000 Palästinenser wurden im Norden des Gebiets gewaltsam vertrieben. Damit werden die Pläne der rechtsextremen Abgeordneten offensichtlich, die die Ausweitung der nach internationalem Recht illegalen Siedlungen vorantreiben. [...]

Trotz der zahlreichen Resolutionen der Vereinten Nationen und den Entscheidungen des Internationalen Strafgerichtshofs ist es mir als Hoher Vertreter der EU für Außenpolitik nicht gelungen, den Rat oder die Kommission dazu zu bewegen, auf die massiven und wiederholten Verstöße gegen das Völkerrecht und das humanitäre Recht durch die Regierung Netanjahu zu reagieren, im Gegensatz zu unserem Vorgehen angesichts der Aggression Putins gegen die Ukraine.

Bis zum Ende meiner Amtszeit konnte ich feststellen, wie sehr diese Politik der Doppelmoral die Position der EU in der Welt geschwächt hat, nicht nur in der muslimischen Welt, sondern auch in Afrika, Lateinamerika und Asien...

Spanien und einige wenige andere europäische Länder haben ihre Stimme erhoben und die Kommission aufgefordert, zu prüfen, ob dieses Verhalten mit den Verpflichtungen



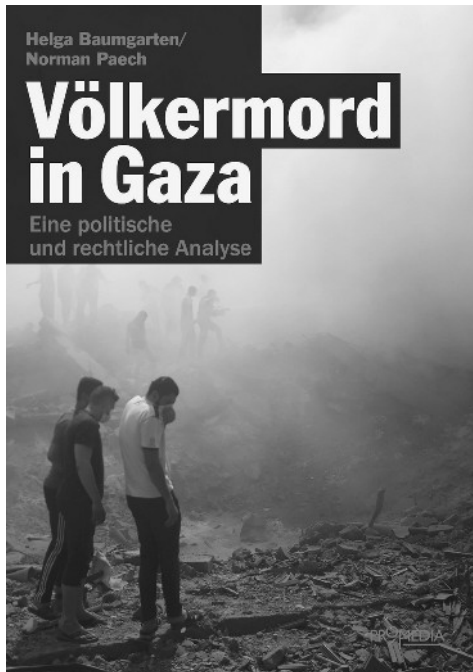
aus dem Assoziierungsabkommen vereinbar ist.

Als Antwort erhielten sie nur Schweigen. Das schlechte Gewissen einiger europäischer Länder in Bezug auf den Holocaust, das zu einer „Staatsräson“ geworden ist, um die bedingungslose Unterstützung Israels zu rechtfertigen, könnte uns zu Komplizen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit machen.

Ein Grauen rechtfertigt kein anderes. Und wenn wir nicht wollen, dass die Werte, die wir zu verteidigen vorgeben, jegliche Glaubwürdigkeit verlieren, kann die EU nicht weiterhin dem Grauen in Gaza und der „Gazaifizierung“ des Westjordanlands tatenlos zusehen.

Entgegen der öffentlichen Debatte und trotz des völligen Mangels an Empathie einiger ihrer Verantwortlichen verfügt die EU über zahlreiche Hebel gegenüber der israelischen Regierung: Wir sind ihr wichtigster Handelspartner in Bezug auf Investitionen und den Austausch von Personen. Wir liefern mindestens ein Drittel der Waffen, die sie einsetzt, und haben mit Israel das umfassendste Assoziierungsabkommen geschlossen. Aber auch dieses ist, wie alle anderen, an die Einhaltung des Völkerrechts und insbesondere des Humanitären Rechts gebunden.

Wenn wir wollen, können wir handeln. Und wir haben schon zu lange gewartet. Viele Israelis, die sich bewusst sind, dass Netanjahus Flucht nach vorn langfristig die Sicherheit und das Überleben des Staates Israel gefährdet, wären uns dafür dankbar.



Gazakrieg: Keine politischen Ausreden möglich

Helga Baumgarten und Norman Paech: *Völkermord in Gaza*.

Promedia 2025. 232 S. 14,8 x 21. brosch. Print: € 22,00

Im ersten Teil dieses gemeinsam herausgegebenen Buches beschreibt Helga Baumgarten das siedlerkolonialistische Projekt des Zionismus (s. insbes. S. 25 – 30, auch S. 124 - 125). Baumgarten teilt die mit der Jüdischen Einwanderung beginnende Kolonisation in vier Phasen und thematisiert nicht nur die Kollaboration der Briten mit den sich bildenden zionistischen Milizen, sie schildert auch die Formen der Repression der Besatzungsmacht, die viele Scheußlichkeiten der israelischen Repressionskräfte gegenüber der palästinensischen Bevölkerung vorweg nahmen.

Die zweite Phase ist die Nakba von 1948, die große Vertreibung und teilweise Ermordung von rund 70% der palästinensischen Bevölkerung durch zionistische Milizen. Es folgt die dritte Phase, die 1967 mit dem sogenannten Sechs-Tage-Krieg begann und bis 2003 dauerte. Die vierte Phase ist der seit anderthalb Jahren andauernde Völkermord in Gaza.

Dieser wird noch einmal in all seiner Schrecklichkeit dargestellt. Menschen kommen zu Wort, palästinensische Literatur und Poesie werden präsentiert, Kinder erscheinen nicht nur als Zahlen, sie sprechen als junge Menschen voller Hoffnungen und Projekte für ein menschenwürdiges Leben. So wird dieser Krieg fassbar als das katastrophale Ereignis, das er darstellt. Seit anderthalb Jahren führt Israel diesen Krieg gegen die palästinensischen Befreiungsorgani-

sationen und gegen die Menschen in Gaza und den übrigen besetzten Gebieten Palästinas. Und sie räumt – wie später auch Paech – mit einem der vielen Mythen in diesem Konflikt auf: Es ist eben nicht nur die hierzulande so deklarierte „islamistische Terrororganisation“ Hamas, sondern auch der Islamische Dschihad, die säkulare PLFP, Teile der Fatah, die in Gaza gegen die israelische Besatzung kämpfen.

Es ist der breit verankerte palästinensische Widerstand, der nun auch die Moral der Besatzer anzugreifen scheint, wenn immer mehr israelische Reservisten den Dienst in diesem gegen die Zivilbevölkerung geführten Krieg verweigern. Vielleicht ist die von Helga Baumgarten am Schluss ihres Beitrags geäußerte Hoffnung, die von linken Israelis formuliert wurde, gar nicht so fern, dass nämlich eine gemeinsame Zukunft ohne Zionismus und Siedlerkolonialismus in Israel/Palästina möglich ist.

Im zweiten Teil des Buches analysiert Norman Paech den Völkermord in Gaza. Bewusst beginnt er seine Untersuchung mit einem Abriss der Geschichte des zionistischen Siedlungsprojekts, denn der Gewaltakt des 17. Oktober 2023 ist letztlich Resultat einer mehr als hundertjährigen Geschichte. Ihre Analyse zeigt, dass den damals politisch Verantwortlichen klar war, dass die Realisierung des zionistischen Projekts letztlich nur durch Anwendung von Gewalt möglich sein würde.

So steht im Zentrum dieser völkerrechtlichen Untersuchung die Frage nach der Legitimität und Legalität der Anwendung von Gewalt seitens der palästinensischen Befreiungsorganisationen unter der Führung der Hamas. Paech zeigt den langen Kampf um das Recht auf Selbstbestimmung der kolonisierten Völker bis hin zur schließlich erfolgten Anerkennung des Kombattantenstatus für Kämpfer in Befreiungsorganisationen. Dies gilt ebenso für die noch immer problema-

tische Debatte um den Begriff des Terrorismus. Parallelen etwa zur kurdischen PKK und der westsaharischen Frente Polisario werden herangezogen. Breiten Raum widmet Paech dem von Israel und seinen westlichen Verteidigern herangezogenen Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 der UN-Charta in diesem Krieg.

Doch dem Völkerrecht sind inzwischen Institutionen gewachsen, deren Tätigwerden genau in diesem Fall gefordert ist: Zum Einen geht es um die Kriegsverbrechen, die Israel sowohl im Gazastreifen wie auch zunehmend in den besetzten Gebieten des Westjordanlandes begeht, wobei Paech vor allem auf die einschlägigen Bestimmungen des inzwischen (1998) geschaffenen Internationalen Strafgerichtshofs verweist, die weit über Art. 51 der Charta hinausgehen.

Doch auch die handfesten Interessen, die Israels Handeln betreffen, lässt er zum Anderen nicht aus: Die von den religiös-nationalen und z.T. offen faschistischen Siedlern geforderte Vertreibung der Palästinenser aus allen Teilen Palästinas und die Nutzung der riesigen Gasfelder vor der Küste Israels und des Gaza-Streifens werden als Gründe für die völkermörderischen Akte Israels benannt.

So ergänzen sich die beiden Teile des Buches hervorragend: Das zionistische Kolonisationsprojekt erscheint in seiner ganzen Monstrosität und Menschenfeindlichkeit. Es steht damit im Gegensatz zu einer inzwischen erfolgten Entwicklung ethischer Normen, wie sie insbesondere im Völkerrecht ihren Ausdruck gefunden haben.

Damit wird auch dem Westen ein Spiegel vorgehalten, in dem er seine Doppelmoral betrachten kann, wenn er andauernd und gezielt gegen die von ihm selbst geschaffenen Normen verstößt. Dieses Buch ist nicht nur außerordentlich informativ und hochaktuell, es befragt auch den Westen nach dem moralischen Fundament seiner Politik.

Werner Ruf



Wissenschaftsfreiheit für internationale Solidarität und gerechten Frieden!

Deklaration des Abschlussplenums der internationalen Konferenz vom 12. und 13.04.2025 an der Universität Hamburg. (Übersetzung der FJ-Redaktion basierend auf deepl.com von der Originalfassung in Englisch).

Die Menschheit ist reicher als je zuvor, was Ressourcen, technologische Fortschritte und Ideen angeht. Dennoch stehen wir vor enormen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt, wobei der Klimawandel, die Gefahr eines Atomkriegs und die extreme Ungleichheit zu den größten Bedrohungen für uns alle zählen.

In diesen Zeiten ist es unerlässlich, dass wir unsere Energien dafür einsetzen, dass dieser Planet von allen Menschen in gerechter und friedlicher Weise bewohnt werden kann. Bildung und Wissenschaft sind mächtige Motoren des Fortschritts, und wir sehen es als unsere Pflicht an, auf diese Ziele hinzuwirken oder sie zumindest nicht durch militärische Forschung und Planung zu behindern.

Als Wissenschaftler wenden wir uns gegen die wachsende Fremdenfeindlichkeit, die Militarisierung und den konservativen Nationalismus, dem sich Länder in ganz Europa, auch Deutschland, verschrieben haben. Inmitten dieser Entwicklungen, die die Idee der Universität als Raum der Beratung und des Dialogs bedrohen, lehnen wir die Instrumentalisierung der Universitäten als kriegsfördernde Infrastrukturen entschieden ab.

Diese Entscheidungen, die im Namen akademischer Institutionen getroffen werden, repräsentieren nicht die Ansichten aller Wissenschaftler, die in diesen Organisationen arbeiten, und sie repräsentieren auch nicht uns. Aus diesem Grund betonen wir die Wichtigkeit der Umsetzung und Einhaltung der Zivilklauseln in allen Fakultäten in Deutschland.

Wir verurteilen auch scharf die militärische und ideologische Unterstützung des deutschen Staates für Israel, das in Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwickelt ist. Wir fordern, dass die Unterstützung für den andauernden Schulmord in Palästina zurückgezogen wird und dass die brutale Unterdrückung von Studenten und Akademikern, die ihre Besorgnis über die Ansprüche und die Politik des deutschen Staates zum Ausdruck bringen, sofort eingestellt wird. Wir bringen unsere Solidarität mit den vier Studenten in Berlin zum Ausdruck, die wegen ihres pro-palästinensischen Engagements und ihrer Teilnahme an Protesten, die ein Ende des Völkermordes in Palästina fordern, abgeschoben werden sollen.

Wir wenden uns entschieden gegen diesen illegalen Versuch, pro-palästinensische Stimmen auf dem Campus und in ganz Deutschland weiter zum Schweigen zu bringen. Freiheit für die Berliner Vier!

Wir fordern einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand in Palästina und starke Bemühungen, um eine politische Lösung und einen gerechten Frieden zu schaffen. Dazu muss die Blockade des Gazastreifens sofort aufgehoben werden und alle humanitären Maßnahmen im Gazastreifen, im Westjordanland und in Ost-Jerusalem müssen im Einklang mit dem Völkerrecht durchgeführt werden.

Als unmittelbare Maßnahme gegen diese aggressive Politik fordern wir unsere Kollegen und Institutionen in Deutschland und darüber hinaus auf, sich aktiv für eine zivile, nicht-militärische, friedliche und nachhaltige Zusammenarbeit zu engagieren und Israel in seiner anhaltenden und ungeordneten Aggression gegen Palästina nicht zu unterstützen.

Darüber hinaus fordern wir unsere Universitäten auf, wissenschaftliche Partnerschaften mit palästinensischen Einrichtungen zu schließen, um den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und palästinensischen Akademikern und Studenten zu

fördern, sowie Programme für gefährdete Wissenschaftler zu finanzieren, die palästinensische Akademiker und Studenten unterstützen, die von diesen Umständen betroffen sind.

Wir fordern einen Plan und sofortige Anstrengungen zum Wiederaufbau von Einrichtungen - mit Sicherheitsgarantien - für palästinensische Akademiker, Studenten, Lehrer und Erzieher in Gaza und im Westjordanland. Wir fordern auch die Einrichtung eines Zentrums für Palästinastudien in Deutschland, um das Wissen und die Geschichte des historischen und aktuellen Palästinas zu fördern und zu bewahren.

Während jede Form von Rassismus inakzeptabel ist und bekämpft werden sollte, lehnen wir es entschieden ab, den Kampf gegen Antisemitismus als Vorwand zu benutzen, um die Rechte der Palästinenser zu unterdrücken, um die akademische Freiheit zu untergraben oder diejenigen ins Visier zu nehmen, die sich für die Befreiung Palästinas einsetzen.

Unser Kampf gegen Antisemitismus ist Teil des Kampfes für gleiche Rechte für alle! Als zivilgesellschaftliche Organisationen müssen die Universitäten für die Durchsetzung des humanitären und internationalen Rechts eintreten - insbesondere dann, wenn ihre Regierungen dies nicht tun! Wir sind gegen die Vermischung von ziviler und militärischer Forschung.

Wir setzen uns für eine angemessene Finanzierung der Hochschulen, ihre demokratischen Verfassungen und die Transparenz von Forschungsinhalten, -mitteln und -ergebnissen ein, da dies eine Grundvoraussetzung für eine sozial verantwortliche Wissenschaft ist.

Wir rufen alle KommilitonInnen und KollegInnen auf, alle Anstrengungen für eine demokratische, soziale und zivile Entwicklung in unseren Hochschulen und der Gesellschaft zu bündeln sowie Hochschulgremien und Initiativen basierend auf Studentenorganisationen, Partei- und Gewerkschaftsstrukturen zu gründen!

Offene und verdeckte Repression gegen die Friedensbewegung

von Karl-Heinz Peil

Die Wirkung der Friedensbewegung hängt auch wesentlich davon ab, inwieweit Spaltungsversuche wirksam sind, um Menschen von einer Beteiligung an Großdemos abzuhalten. Dazu sind Reflexionen über historische und aktuelle Grundsätze sowie den daraus sich ergebenden Abgrenzungen notwendig.

Historische Zeitenwende: Remilitarisierung in den 1950er Jahren

Die erste Zeitenwende nach dem 1945 vorhandenen antimilitaristischen und antifaschistischen Grundkonsens in der deutschen Gesellschaft erfolgte mit der Wiederbewaffnung Anfang der 50er Jahre. Massiven Widerstand gab es hiergegen parteiübergreifend mit der so genannten „Volksbefragungsbewegung“, aktiv vor allem auch von dem kommunistischen Jugendverband FDJ. Dieses führte zum Verbot der Organisation durch die Adenauer-Regierung. Dieser Kontext ist auch zu sehen in dem gleichfalls 1951 erfolgten Antrag auf ein KPD-Verbot, das 1956 nach massivem Druck der Adenauer-Regierung auf das Bundesverfassungsgericht vollzogen wurde. Vor allem die KPD konnte trotz massiver Repression in diesen Jahren viele Millionen Unterschriften gegen eine Wiederbewaffnung sammeln.

Der in dieser Zeit grassierende Antikommunismus, einhergehend mit der Kriminalisierung von Kommunisten als „Verfassungsfeinde“, schwächte auch den Widerstand gegen die Remilitarisierung entscheidend. Die später in den 60er Jahren zunächst mit den Ostermärschen und dann bis Mitte der 80er Jahre verstärkt auftretende Friedensbewegung war immer dem Vorwurf der „kommunistischen Unterwanderung“ ausgesetzt, erwies sich aber gegen derartige Spaltungsversuche als durchaus resistent.

Aktuelle Zeitenwende: „Kriegstüchtig“ gegen Russland

Heute sind es diffuse Vorwürfe mit den Vokabeln: „rechtsoffen“, „Querfront“, „verschwörungsideologische Kräfte“ und „Antisemitismus“. Begonnen hat dieses bereits 2014 mit dem Aufkommen der örtlichen Mahnwachen infolge der Ukraine-Krise.

Wesentlich verstärkt haben sich diese Vorwürfe, seitdem aus der Bewegung der Corona-Maßnahmenkritiker auch zahlreiche Friedensaktivitäten hervor gegangen sind.

Inzwischen haben sich die Angriffe auf die Friedensbewegung noch erheblich verstärkt, seitdem mit der Vokabel „kriegstüchtig“ eine innere Militarisierung vorangetrieben wird, die nur mit der Zeit Anfang der 50er Jahre vergleichbar ist. Die Rede ist mittlerweile von „naivem Pazifismus“, was sich damit nicht nur gegen vermeintlich auszugrenzende Kräfte, sondern die Friedensbewegung als Ganzes richtet.

Mit wem man in Bündniskonstellationen zusammen arbeitet und mit wem nicht, ist zunächst eine Frage von historisch gewachsenen Grundsätzen. Die Stichworte hierbei sind: Antimilitarismus, Antifaschismus und Internationalismus.

Auch besteht immer der Fokus auf ein Bündnis sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte, d.h. über zumeist dominierende linke Positionen wie den Antikapitalismus hinaus. Damit war in der Vergangenheit seit den 1950er Jahren auch allermeistens eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Antikommunisten möglich, trotz immer wieder vorhandener Probleme in Kampagnen, Aufrufen und Aktionen. Die Frage ist nun: Was ist heute anders?

Alte und neue Bündniskonstellationen

Betrachtet man die genannten Grundsätze, so findet man diese im anzustrebenden gesellschaftlichen Bündnispektrum mittlerweile nur eingeschränkt.

Antimilitarismus ist selbst bei den Gewerkschaften nicht mehr selbstverständlich, was leider nicht nur die Argumentation bezüglich Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie betrifft. Dieses hat jüngst die DGB-Erklärung vom 1.4.25 zu den Ostermärschen gezeigt, die zu Recht auf heftige Kritik – auch innerhalb der Gewerkschaften – gestoßen ist. Zitat:

„Vor diesem Hintergrund sehen auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Notwendigkeit, in Deutschland und Europa verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um gemeinsam verteidigungsfähiger zu werden.“

Dabei muss allerdings verhindert werden, dass die Erhöhung der Verteidigungsausgaben zulasten sozialer Leistungen oder dringend notwendiger Zukunftsinvestitionen geht.“

Dass man aber deshalb die Gewerkschaften als Bündnispartner nicht abhaken kann, sondern sich eher intensiver um diese bemühen muss, zeigt bereits der letzte Satz des Zitates. Darin kommt die ganze Widersprüchlichkeit zum Ausdruck, denn die verschärfte Aufrüstungspolitik geht zwangsläufig mit einer Schwächung der Gewerkschaften einher, wie z.B. die kürzlich erfolgten, sehr unbefriedigenden Tarifabschlüsse durch ver.di für den öffentlichen Dienst gezeigt haben.

Wie geht man aber mit neuen Friedensaktivisten um, die sich zu wesentlichen Teilen aus den früheren Corona-Maßnahmenkritikern rekrutieren? Hier findet man durchaus gute antimilitaristische Grundsätze. Zwar besteht innerhalb der „alten“ Friedensbewegung z.B. eine kritische Distanz zur Kleinpartei dieBasis, deren friedenspolitische Programmatik ist jedoch durchweg überzeugend. Allerdings geht es in Bündniskonstellationen auch grundsätzlich nicht um Pro oder Contra einer Zusammenarbeit mit einzelnen Parteien, sondern immer darum, dass friedenspolitisch engagierte Menschen auch aus bekannten parteipolitischen Zusammenhängen akzeptiert werden und in diesem Umfeld als Multiplikator bei Mobilisierungen wirken können. Ebenso geht es deshalb nicht um „richtige“ oder „falsche“ Bündnispartner, sondern immer um ein Werben für den friedenspolitischen Grundkonsens.

Im neuen Bundestag ist die AfD die einzige Partei, die sich eindeutig gegen die weitere militärische Unterstützung der Ukraine ausspricht und sich damit auch als Friedenspartei inszenieren kann. Die Programmatik

der AfD war jedoch von Anfang an stark militaristisch geprägt, weshalb ihre nach außen dargestellte „russlandfreundliche“ Haltung völlig unglaubwürdig ist.

Nationalismus versus Internationalismus

Bezüglich der AfD ist es aber nicht nur die Programmatik und aktuell vorhandene Unterstützung der Regierungspolitik bei der inneren Militarisierung, die eine Zusammenarbeit mit Protagonisten dieser Partei ausschließt. Noch eindeutiger ist dieses in der Migrationsfrage, bei der sich die AfD aber mittlerweile auf aktuelle Regierungspositionen berufen kann. Die deutsche Regierungspolitik hat damit längst eine Wende zum migrationsfeindlichen Staat vollzogen, wie z.B. Kerem Schamberger von *medico international* in der letzten Ausgabe des *FriedensJournal* dargestellt hat.

Dass die AfD sich zumindest offiziell auch gegen Antisemitismus positioniert, kann auch nicht verwundern, denn hierbei geht es ja um die vorbehaltlose Unterstützung der israelische Regierungspolitik, wie sie auch von anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien Europa erfolgt.

Für die Friedensbewegung hingegen ist die Solidarität mit Palästina als Teil der internationalistischen Ausrichtung unverzichtbar.

Abgrenzungen nicht widerspruchsfrei

Konzentriert man sich statt der genannten Grundsätze hingegen auf formale Festlegungen dazu, was bei Demonstrationen und Kundgebungen nicht erwünscht ist, ergeben sich auch Stolperfallen und Widersprüche. Klar sollte sein, dass deutsche Nationalfahnen zu erheblichen Irritationen gegenüber öffentlich dargestellten Friedensbotschaften führen. So ist der Widerstand gegen die weitere militärische Unterstützung der Ukraine in zunehmenden Maße zwar auch ein spezifisches Problem der deutschen Politik, jedoch muss man allen Aktivitäten eine Absage erteilen, die dieses in den vermeintlichen Kontext deutscher Interessen stellen, wie bei dem Aktionsbündnis „*Gemeinsam für Deutschland*“.

Anders gelagert ist hingegen die Prä-

senz von Palästina-Fahnen, was z.B. bei den letzten Ostermärschen vereinzelt zu Kritik geführt hat. Zu fragen ist, wie man sich anders für das Existenzrecht der Palästinenser in Gaza und dem Westjordanland einsetzen kann, als durch die Nationalfahnen-Symbolik. Schließlich gilt immer noch international die Forderung nach einer 2-Staaten-Lösung in Nahost, die jedoch aktuell von der rechtsextremen Regierung Israels zunichte gemacht wird.

Verdeckte Repression durch „Antifa“-Initiativen

Eine wichtige Rolle bei der Diffamierung von Friedensaktionen als „rechtsoffen“ und „rechtslastig“ spielen zunehmend örtliche Antifagruppen. Diese bedienen sich auch regionaler Denunziations-Plattformen wie z.B. *rheinmain-rechtsaussen.org*. Damit werden einzelne Akteure in der Friedensbewegung an den Pranger gestellt, so wie auch der Verfasser dieses Beitrages. Unklar bleibt hierbei, welche Personen hier tatsächlich agieren und welche Sponsoren im Hintergrund verdeckt aktiv sind. Die hierbei erhobenen Vorwürfen sind in der Regel ebenso absurd, wie faktenfreie Behauptungen zur Legitimierung der inneren und äußeren Militarisierung. Letzteres spielt - wenig verwunderlich - bei diesen Plattformen praktisch keine Rolle.

Faktisch wird damit staatliche Repression wie in den 50er Jahren ersetzt durch privatisierte Instanzen. Staatliche Repression gegen Friedensdemos beschränkt sich derzeit hingegen (noch) auf Aktivitäten von Palästinensern.

Bedenklich ist aber auch, dass diese Akteure keinerlei politische Bildung mitbringen, die einen Bezug auf den historischen Antifaschismus erlauben würde. Beispielhaft dafür steht, dass Anfang 2023 der 90. Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis am 30.1.1933 im öffentlichen Diskurs kaum eine Rolle spielte, jedoch Anfang 2024 bei den Massendemos „gegen rechts“ die Parole „Nie wieder ist jetzt“ im Mittelpunkt stand. Gleichfalls gilt dieses für den 8. Mai als Gedenktag, wo die Rolle der Sowjetunion mit 27 Mio. Menschenopfern zumindest



offiziell vollständig ausgeblendet wird.

Zusammenfassung und Fazit

Für Friedensdemonstrationen sollten folgende Grundsätze gelten:

- Klare Friedensbotschaften gegen die Militarisierung der Gesellschaft benötigen keine Abgrenzung. „Kriegstüchtig“ zu werden als Regierungsziel ist rechtsextrem.
- Internationalismus heißt aktuell vor allem Palästina-Solidarität und hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Auch mit Blick auf die deutsche Geschichte kann man vor dem Völkermord durch Israel nicht die Augen verschließen.

- Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung und Polarisierung wird auch mit Abgrenzungsdebatten forciert, die von einem nebulösen Vokabular ohne inhaltliche Substanz geprägt sind.

Gegen die zunehmende Einschränkung des öffentlichen Debattenraumes mit persönlichen Angriffen eignen sich persönliche Angebote zu offenen und direkten Gesprächen. Nur so lässt sich ernsthafte Kritik trennen von Denunziantentum.

Die Friedensbewegung ist nicht rechtsoffen, sondern weltoffen angesichts globaler Probleme, die uns zunehmend direkt betreffen. Immer mehr Friedensaktivisten haben dieses inzwischen erkannt und lassen sich nicht mehr durch spalterisches Störfeuer behindern.

Ostermarschrede Stuttgart: Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg

Ulrike Eifler ist Mitinitiatorin des Aufrufs "Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg". Nachfolgend Auszüge aus ihrem Redebeitrag bei der Abschlusskundgebung des Ostermarsches in Stuttgart am 19.4.25



[...] Während sich Rheinmetall, Krauss Maffei Wegmann und Diehl Defense an Militarisierung und Aufrüstung dumm und dämlich verdienen, zeigt ein Blick in den Koalitionsvertrag von Union und SPD, dass diese Kriegsvorbereitungen vor allem zu unseren Lasten gehen werden. Ein Panzer kostet 27 Millionen Euro, der Bau einer Grundschule 25 Millionen. Wer also den Weg frei macht für unbegrenzte Aufrüstung, der wird sich das Geld dafür bei der Bildung, der Renten- oder der Pflegeversicherung holen. Und wenn wir genau hinsehen, dann sehen wir genau das auch schon jetzt: Denn während Rüstungsausgaben in unbegrenztem Umfang möglich sein sollen, wird alles andere unter Finanzierungsvorbehalt gestellt.

Der Koalitionsvertrag hält nichts bereit, was in unserem Interesse wäre: keine Mindestloohnerhöhung auf 15 Euro und auch kein Versprechen auf ein Bundestariftreuegesetz. Der Koalitionsvertrag sagt klar: Vergaben zur Deckung der Bedarfe der Bundeswehr sind von der Tariftreue ausgenommen. Ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich finde, steigende Einkommensverluste sind eine zu ernste Angelegenheit, als dass man sie der Militärlogik unterordnen sollte. Lassen wir uns also keinen Sand in die Augen streuen.

Gerade die aktuelle Tarifrunde im öffentlichen Dienst hat doch gezeigt, dass in einer gesellschaftlichen Atmosphäre

aus Deindustrialisierung, Inflation und Sozialabbau nicht die Forderungen der Gewerkschaften Rückenwind bekommen, sondern die Forderungen der Arbeitgeber nach Arbeitszeitflexibilisierung, Lohnverzicht und Abweichung von Tarifverträgen. Hieß es nicht noch vor einigen Jahren, dass die Kolleginnen und Kollegen insbesondere in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen systemrelevant sind? Haben wir sie nicht jeden Abend auf unseren Balkonen als Helden beklatscht? Diese Zeiten sind offenbar vorbei. Weil alle Ausgaben, die im Zusammenhang mit Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen stehen, jetzt problemlos finanziert werden sollen, müssen diejenigen, die dieses Land am Laufen halten, verzichten.

Und wenn Boris Pistorius sagt, ein guter Abschluss im öffentlichen Dienst verhindert eine gute Ausstattung der Bundeswehr, dann ist der Platz der Friedensbewegung an der Seite der Beschäftigten - denn jeder Euro, der in den Geldbeuteln der Kolleginnen und Kollegen landet, der fehlt für die wahnsinnigen Rüstungsprojekte der Bundesregierung. [...]

Besonders gut lässt sich die Einschränkung der Daseinsvorsorge aber im Gesundheitswesen erkennen, wo die Verzahnung von ziviler Gesundheitsversorgung und Militärmedizin dazu führt, dass die Militärmedizin auf die vorhandenen Ressourcen der zivilen Gesundheitsversorgung zugreifen soll. Auf die jahrzehntelange Ökonomisierung des Gesundheitswesens folgt nun also seine Militarisierung: Die knappen Ressourcen sollen der breiten Bevölkerung schleichend entzogen und dem Militärssektor zur Verfügung gestellt werden. Das geht auch aus dem Grünbuch hervor, das die Bundesregierung Anfang des Jahres veröffentlichte; hier wird im Falle eines Krieges mit 1.000 verletzten Soldaten pro Tag gerechnet, die auch in zivilen Krankenhäusern versorgt werden sollen. Die medizinische Versorgung von Lungenentzündungen, Herzinfarkten oder Krebserkrankungen dürfte weiter darunter leiden. Nicht ohne Grund also wird im Grünbuch darauf hinge-

wiesen, dass man die Bevölkerung darauf vorbereiten müsse, dass sie Einschränkungen bei der Gesundheitsversorgung hinnehmen müssen.

Aus diesem Grund ist es auch eine Illusion zu glauben, die 500 Milliarden Euro Sondervermögen werden nun dazu führen, dass endlich ausreichend Geld zur Verfügung steht, um kaputte Schuldächer zu reparieren, Pflegekräfte zu entlasten und flächendeckende Kita-Angebote zu machen. Das Gegenteil wird der Fall sein: Die soziale und öffentliche Infrastruktur wird weiter vor sich hinrotten, denn das Sondervermögen wird dringend benötigt, um die öffentliche Infrastruktur kriegstüchtig zu machen. Bereits im vergangenen Sommer bemängelte die „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“, dass die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland derart marode ist, dass sie die Sicherheit Europas gefährden würde, weil sie die Militärbewegungen beeinträchtigt. Notwendig sei deshalb ein Sondervermögen, um die Brücken und Straßen kriegstüchtig zu machen. [...]

Vorbei ist die Zeit, in der Abrüstungsverträge die Welt sicherer machen sollten - an ihre Stelle sind Aufrüstungsverpflichtungen in Form von NATO-Zielen getreten. Vorbei ist die Zeit, in der die Politik von „Wandel durch Handel“ die verhärteten Beziehungen zwischen Staaten aufgebrochen hat - an ihre Stelle ist eine Politik getreten, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen rigoros abbricht, die Städtepartnerschaften beendet und die russische Künstler mit Auftrittsverboten belegt. Dabei wissen wir aus der Zeit des Kalten Krieges: Wer den Krieg verhindern will, der hält Gesprächskanäle offen. Nur wer den Krieg vorbereitet, bricht alle Kontakte und Beziehungen ab. [...]



Umfassende Video-Mitschnitte des Ostermarsches 2025 in Stuttgart auf www.friedensnetz.de

Anhang: Quellenangaben und weitere Infos

(nicht Bestandteil der Druckausgabe)

Kriegsvorbereitung als „neuer Way of Life“

Seite 3 bis 5

Quelle: <https://globalbridge.ch/kriegsvorbereitung-als-neuer-way-of-life/> (mit Quellen-Links online)

Fußnoten

[1] Bertrand Russell. Die Zukunft des Pazifismus. Reclam 2023. S.73

Traut euch und durchbrecht die Schweigespirale!

Seite 6 und 7

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=131289>

Fußnoten

[1] https://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/250402-hdt-Rationale_Sicherheitspolitik.pdf

[2] Früherer Beitrag von Alexander S. Neu: EU im Aufrüstungsrausch – Die Notwendigkeit, die Debatte vom Kopf auf die Füße zu stellen
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=129641>

[3] Früherer Beitrag von Alexander S. Neu: Zwei Kriege, zwei Narrative, null Lösung und eine Ursache
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=123512>

[4] <https://www.youtube.com/watch?v=DufNPDEfq0>

[5] <https://www.youtube.com/watch?v=VVckEqyTo4A>

Foto

Screenshot aus Video zu Screenshot Precht – Lanz:
<https://www.youtube.com/shorts/MVrjiiRfgXk>

Alle lieben den Heimatschutz

Seite 8 und 9

Weitere Infos

<https://wetterau-aktionfrieden.de/>

<https://www.friedlicher-hessentag.de/>

Fußnoten

[1] <https://www.tagesschau.de/inland/bundeswehr-heimatschutzdivision-100.html>

[2] <https://www.wetterauer-zeitung.de/politik/fight-tonight-heimatschutz-soll-zuegig-aufgebaut-werden-zr-93584525.html>

[3] <https://www.spiegel.de/panorama/verteidigung-diskussion-um-wiederbelebung-der-reserve-uebungen-a-a0bbb3c2-380c-4147-956c-97d877c8247d>

[4] <https://www.jungewelt.de/artikel/494537.bundeswehr-im-inneren-schie%C3%9Fen-und-wacheschieben.html>

[5] <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/bundeswehr-nato-krise-drehscheibe-100.html>

[6] <https://www.fnp.de/lokales/wetteraukreis/vogelsberg-als-nato-drehscheibe-93439337.html>

[7]

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9862>

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9864>

(Bezahlschranke) - siehe dazu auch: FriedensJournal Nr. 2/2025 zum Grünbuch ZMZ

Gegenkonversion

Seite 10 und 11

Quelle: German Foreign Policy vom 21.4.25

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9945>

(Bezahlschranke)

Fußnoten

[1] Nur fünf Bundesländer sind im vierten Quartal 2024 gewachsen. ifo.de 15.04.2025.

[2] Bernd Bachran: Rüstungsindustrie statt Autoindustrie? zdf.de 16.04.2025.

[3] Michael Herr, Petra Thiele: Kretschmann will Rüstungsindustrie zu neuem Schwerpunkt in BW machen. swr.de 05.03.2025.

[4] M. Frühauf, J. Jansen, P. Plickert, C. Schubert, N. Záboji: Wer rüstet Europa auf? Frankfurter Allgemeine Zeitung 08.03.2025.

[5] Moritz Grenner: Saarland soll attraktiver für die Rüstungsindustrie werden. sr.de 10.04.2025.

[6] Roman Tyborski, Alexander Voß, Martin Knobbe: Papperger rechnet mit Aufträgen von bis zu 300 Milliarden Euro. handelsblatt.com 17.04.2025.

[7] Max Krahe: Haben wir die Kapas? dezernatzukunft.org 27.03.2025.

[8] Eine boomende Industrie. tagesschau.de 12.03.2025.

[9] M. Frühauf, J. Jansen, P. Plickert, C. Schubert, N. Záboji: Wer rüstet Europa auf? Frankfurter Allgemeine Zeitung 08.03.2025.

[10] Dominik Reintjes, Konrad Fischer: Die Arbeitgeber-Attraktivität hat ihre ganz eigene Zeitenwende. wiwo.de 16.03.2023.

[11] Angelika Melcher: Jobs in der Rüstungsindustrie boomen. wiwo.de 19.04.2025.

[12], [13] Franziska Telsler: „Es herrscht jetzt schon erheblicher Personalmangel“. handelsblatt.com 17.04.2025.

Israel verwüstet seine Nachbarn an sieben Fronten

Seite 12 bis 14

Bilder:

Seite 12: Netanjahu bei seiner Rede vor der UN-Vollversammlung am 22.9.2023:
<https://static.timesofisrael.com/>

Seite 13: www.mistahl.com

Quellen:

Globalbridge vom 4.3.2025: Israel verwüstet seine Nachbarn an sieben Fronten
<https://globalbridge.ch/israel-verwuestet-seine-nachbarn-an-sieben-fronten-gaza-westjordanland-libanon-syrien-irak-jemen-iran/>

GlobalBridge vom 22.3.2025: Die Front gegen Palästina – die Menschen im Visier
<https://globalbridge.ch/die-front-gegen-palaestina-die-menschen-im-visier/>

Nachdenkseiten vom 4.4.2025: Wie deutsche Rüstungsexporte an Israel Länder verwüsten
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=131192>

Passionswoche in Gaza

Seite 15

Originalfassung unter dem Titel „Semana de pasión en Gaza“ (<https://www.pressreader.com/spain/el-pais-1a-edicion-1244/20250420/281685440693306>) Der deutsche Text basiert auf der französischen Übersetzung, die Claude Gregoire vom 'Comité pour une Paix Juste au Proche-Orient', Luxemburg (<https://paixjuste.lu/>), angefertigt hat.

Online-Fassung auch unter: <https://www.sicht-vom-hochblauen.de/die-eu-darf-nicht-laenger-tatenlos-zusehen-wie-sich-in-gaza-ein-horror-abspielt-und-das-westjordanland-gazaisiert-wird-josep-borrell-fontelles/>

Foto: Al Jazeera vom 19.11.24

Wissenschaftsdeklaration

Seite 17

Quelle:
https://academia-under-attack.org/wp-content/uploads/2025/04/Declaration-Academia-Under-Attack_13.04.25_layout.pdf